

Liebe  
Leser,



langsam, für viele zu langsam, kommt der Frühling und vertreibt die trüben Tage. Die verkrustete Scholle des Winters wird von neuen frischen Trieben aufgebrochen. Die Natur erneuert sich. Ähnlich geht es der CDU.

Im Gegensatz zur Natur vollzieht sich der Frühling der CDU jedoch nicht alleine durch das Verstreichen von Zeit. Vielmehr muss er vorangetrieben werden; strukturell und inhaltlich.

Die Junge Union geht hier voran. Mit ihren Anträgen zum Bundesparteitag im April in Essen gibt die JU den Delegierten die Möglichkeit, die Struktur aufzubrechen und die Partei zu mehr Basisnähe und Demokratie hin zu verändern. Neben der Struktur und den Inhalten geht es auch um personelle Erneuerung. Neue und vor allem junge Persönlichkeiten werden jetzt gebraucht.

Die Junge Union tritt mit einem Quintett der jungen Generation an, im Bundesvorstand der CDU für junge und moderne Politik zu streiten und die Partei auf ihrem Erneuerungskurs voranzutreiben. Die CDU muss zukunftsfähig werden. Ab Seite 4 der ENTSCHEIDUNG habt ihr alle Kandidaten in Wort und Bild.

Zukunftsfähigkeit ist auch ein Schlagwort in der Wirtschaft. Globalisierung scheint der Weg in die Zukunft zu sein. Die Welt als ein einziges Dorf, ferne Absatzmärkte, neue Heraus- und Anforderungen. Gefordert wird globales Denken und Handeln, ohne das es – glaubt man den global playern – schon lange nicht mehr geht.

Die ENTSCHEIDUNG ist diesem Thema nachgegangen und wird auch in den folgenden Ausgaben bei Wirtschaft, Verbänden und Politik nachhaken, inwieweit sie der Herausforderung der Globalisierung in ihrem Tun Rechnung tragen. Wir Bleiben dran!

Euer

Urban Windelen



**Umdenken.  
Jung denken. – Jetzt!**  
In schwarzen Geldkoffern kam sie ans Tageslicht, die Krise der CDU. Die Konsequenz: Es ist Zeit, die Struktur der Partei zu überdenken und strukturelle Defizite zu ändern.  
von Tina Martens

Seite 4

### Aufbruch 21

Die Junge Union tritt mit einem Quintett junger Personen an, die CDU mit junger und moderner Politik nach vorne zu führen. Erneuerung braucht eben Schwung!



Seite 6



**Direktwahl des Bundespräsidenten**  
Neu ist der Vorschlag nicht, den Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. In den letzten 10 Jahren ist er bei jeder Wahl erörtert worden.  
von Rita Süßmuth

Seite 26

Schwerpunktthema	11
Bücher	22
Die EU und Österreich von Thomas Silberhorn	24
Direktwahl des Bundespräsidenten von Rita Süßmuth	25
Menschenrechte – unsere Verantwortung von Thomas Silberhorn	26
News	27
Hierzulande	28
Aktiv	31
Gastkommentar von Oliver Santen	35
Momente	36



Aufbruch  
21

Die Vorbereitungen zum CDU-Parteitag in Essen sind in vollem Gange. Viele Hoffnungen konzentrieren sich auf diese zwei Tage im April. Allerdings darf der Erneuerungsprozeß der CDU nicht auf den Austausch von Führungspersonen verengt werden. Die Junge Union Deutschlands ist in Sorge, dass hinter den strategischen Überlegungen zur Neubesetzung der Präsidiums- und Vorstandspositionen, die eigentlichen Erneuerungsentwürfe auf der Strecke bleiben. Nur ein klassischer Dreisprung kann zum Erfolg führen. Als Junge Union mahnen wir die inhaltliche, strukturelle und personelle Erneuerung der CDU an. Wir brauchen ein deutliches Signal zum Aufbruch aus alten Denkmustern.

Deswegen sehen wir in Angela Merkel die geeignete Persönlichkeit. Wir erwarten von ihr, dass sie die Erneuerung in der Partei vorantreibt und mit uns einen glaubwürdigen Neuanfang wagt. Das hat sie das kann, hat sie bewiesen, zuletzt als Generalsekretärin. Angela Merkel vertritt mit der ihr eigenen Offenheit einen Politikstil, der der Diskussionskultur von uns Jungen entgegenkommt. Sie ist fest verwurzelt im Wertefundament der CDU und zugleich in der Lage auf die neuen Fragen unserer Zeit Lösungsansätze zu entwickeln.

Ich habe sie in Absprache mit den Landesverbänden, im Namen der Jungen Union ausdrücklich und öffentlich zur Kandidatur zum Bundesvorsitz der CDU Deutschlands aufgefordert. Angesichts der schwierigen Situation, in der sich die Partei befindet wird ihre Integrationskraft und ihr Teamgeist eine Bereicherung an der Spitze der CDU sein. Die CDU braucht ein starkes Team, das in der Lage ist diese große Volkspartei zusammenzuhalten und inhaltlich wie strukturell auf den Regierungswechsel im Jahr 2002 vorzubereiten. Als Junge Union werden wir auf dem Essener Parteitag und darüber hinaus unseren Beitrag leisten. Mit einem guten Personalangebot und vielen frischen Ideen. Wenn wir jetzt alle Kräfte bündeln und uns weiterhin in die Erneuerungsprozesse einschalten, dann sind die Chancen größer denn je. Aufbruch 21, wir packen's an.

Hildegard Müller  
Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands

## Impressum

**Herausgeber:**  
Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,  
Inselstraße 1b, 10179 Berlin  
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,  
Email: ju@junge-union.de,  
Homepage: <http://www.junge-union.de>

**Redaktionsbüro:**  
DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin  
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,  
Tel. (02 28) 544- 933, Fax (02 28) 9 10 73 83,  
Email: [die@entscheidung.de](mailto:die@entscheidung.de),  
Homepage: <http://www.entscheidung.de>

**Redaktioneller Beirat:**  
Michael Hahn (Bundesgeschäftsführer),  
Catrin Hannken (Mitglied im Bundesvorstand)  
Harald Schmitt (Mitglied im Bundesvorstand)

**Chefredakteur:** Urban Windelen  
**Chef vom Dienst:** Franz-Josef Gemein

**Redaktion:** Berlin: Andrea Brieger, Georg Milde, Vasiliios Theodossiou, Stephan Titze, Kristin Vorpahl  
Aus den Ländern: Roberto Fleißner, Torsten Gelling, Peter Meyer, Olaf Klaukien, Christian Müller, Stefan Lower, Volker Nies, Michael Panse, Markus Pösen-trup, Nicolai Schenk, Andreas Schwegel, Jan-Gernot

Wichert, Henryk Wichmann, Sebastian Wolff  
Rubriken: Christine Loerke, Lifestyle, Ralf Potter,  
ENTSCHEIDUNG online, Dr. Andreas Püttmann,  
Schwerpunkt, Heiko Rottmann, Portrait, aktiv,  
Ralf Weidner, CDU

**Verlag:**  
Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,  
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich  
Tel. (0 24 72) 82-0, Fax (0 24 72) 8 22 29.

**Druck:** Weiss Druck

**Layout & Satz:** Union Betriebs-GmbH, Bonn

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Erscheinungsweise monatlich. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**Titelfoto und grafische Beratung:**  
Frank Ossenbrink

**Bildnachweis:**  
JU-Archiv, UBG, dpa, Darchinger, Becker & Breidel, BMVg.

# UMDENKEN Jung denken JETZT!

TINA MARTENS

Mit den schwarzen Koffer fing es an. Hohe Spenden tauchten auf, nur (k)einer weiß woher sie kommen. Was aus dem unrechtmäßigen Finanzgebaren der CDU bis jetzt resultierte, weiß jeder selbst. Ein langes Hin und Her. Da gab es die einen, die die Aufklärung und Erneuerung vorantrieben, aber auch andere, die lieber schwiegen beziehungsweise noch immer schweigen statt mitzuhelfen. Fakt ist: Die rechtswidrigen Zahlungsabwicklungen der CDU haben die Partei in die größte Krise seit ihrem Bestehen gestürzt – das kann jeder Außenstehende ohne große Überlegungen feststellen. Welche Ausmaße diese Krise jedoch noch haben wird, kann bis zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand endgültig ermessen.

Die strukturellen Defizite sind aber offenkundig: Die Funktionsträger, Strukturen und Vertrauenswürdigkeit der CDU werden in Frage gestellt – die Glaubwürdigkeit blieb auf der Strecke. Mit den schwarzen Koffern fing es an, wo jedoch führt uns diese Krise hin? Wir dürfen uns der Antwort nicht verweigern: Am Ende muß die Erneuerung stehen!

Als Mitte Februar der Deutschlandrat der Jungen Union in Kiel tagte, war die Partei in schweren Wassern. Auf Einladung des JU-Bundesvorstandes stand der CDU-Bundesvorsitzende Wolfgang Schäuble den rund 80 Delegierten Rede und Antwort. Die Stimmung war gedämpft. Eidesstattliche Versicherungen standen im Raum, die klären sollten, welche Version der Übergabe einer 100.000 Mark-Spende denn nun die richtige sei. Durch gezieltes Streuen von Gerüchten und Drohungen ist es dem als Waffenhändler bezeichneten um-inösen Herrn Schreiber gelungen, die Republik in Atem zu halten. Journalisten haschten nach jeder auch nur ansatzweise nach Schlagzeile aussehenden Geschichte. Die Relationen gingen verloren, die Maßstäbe sind verrutscht.

## Weg frei zum Neuanfang

Das Schweigen und Taktieren der Verursacher führte zur Verdächtigung der Aufklärer und die Gemengelage wurde immer undurchschaubarer.

Diese Bedrückende Stimmung war auch auf dem JU-Deutschlandrat zu spüren. Wolfgang Schäuble forderte eine offene Debatte, stellte sich selbst in ungewöhnlicher Klarheit zur Disposition. Es wurde deutlich: Hier spricht keiner, der um seiner selbst willen am Amt hängt. Es ging ihm darum, die Partei aus der Krise zu führen. Dass er keine fünf Tage später erklärte, weder für die Position des Parteivorsitzenden, noch für die des Fraktionsvorsitzenden wieder zu kandidieren war ein mutiger Schritt, der den Weg frei machen sollte für einen personellen und strukturellen Neuanfang. Es ist schmerzlich, dass ein so herausragender Christdemokrat die Konsequenzen für ein Fehlverhalten tragen muß, das ihm nicht zuzuschreiben ist. Dieser Schritt war eine Mahnung des Scheidenden CDU-Chef's. Die Mahnung zur Erneuerung.

In Angst verharren und abwarten was passiert wäre nun der falsche Weg. Unsere Losung muß heißen: Umden-

ken. Aufbruch statt Resignation! Gegenseitige Schuldzuweisungen führen uns nicht weiter, wir müssen an die Zukunft denken, Ziele vertreten und unseren Weg weiter beschreiten. Es darf nicht so kommen, dass die Fehler zwar erkannt werden, die Veränderung aber ausbleibt.

Die aus der momentanen Krise resultierende Betroffenheit, Wut und Enttäuschung der Mitglieder muß ernst genommen werden. Die politische Macht muß verteilt werden: Politik – nicht mehr als Mittel zum Zweck des Machterwerbs und Machterhalts, sondern als sachpolitischer Streit und Eintreten glaubwürdiger Positionen. Die Junge Union fordert die Erneuerung der CDU: Die Partei muß aus den Fehlern lernen und Konsequenzen ziehen! Die Erneuerung der CDU – inhaltlich, strukturell und personell. Die vergangenen Monate zeigen deutlich: Die Zukunft liegt im neuen Denken! Jedoch, wo wollen wir genau ansetzen?

Nach den Ereignissen in der Vergangenheit zu urteilen braucht die Partei beides: Sie braucht das Signal zum Aufbruch über eine jüngere Vorsitzende, um die Erneuerung mit einem neuen

Gesicht zu symbolisieren. Gleichzeitig bleibt jedoch die Einbindung von Erfahrung und Ansehen durch Mitarbeit und Rat der Älteren unverzichtbar. Diese Kombination aus neuem Denken und

## Christdemokratische Ideale – noch zeitgemäß?

Die christdemokratischen Ideale bleiben in ihrem Grundsatz unangetastet, jedoch bleibt auch hier die Zeit nicht

diese Weise mitten in der Gesellschaft stehen. Die Mitgliedschaft der CDU lebt nicht mehr vom Informations- und Wissensvorsprung, sondern insbesondere von aktiven Mitbestimmungs-



Konzentriert verfolgen die Delegierten die Rede Wolfgang Schäubles



Mitten in der Krise – Wolfgang Schäuble auf dem JU-Deutschlandrat

Erfahrung bringt uns auf den richtigen Weg. Wir fordern eine Garantie der Meinungs- und Kandidatenvielfalt: Es soll niemand von der Kreisebene an aufwärts mehr als zwei Vorstandsämter innerhalb einer Vereinigung gleichzeitig ausüben. Gleichzeitig setzen wir uns für einen regelmäßigen Wechsel der Spitzenämter ein. Diese Funktionen in der CDU dürfen maximal acht Jahre vom gleichen Amtsinhaber ausgeübt werden. Klare Struktur – klare Politik. Die Verantwortung muß auf vielen Schultern ruhen.

## Zukunftsfähigkeit heißt die Botschaften der Partei zeitgemäß zu übermitteln.

Unser Ziel ist es nicht, auf der Stelle zu treten. Deshalb ist es erforderlich, daß sich die CDU von lieb gewordenen Riten und Verhaltensmustern verabschiedet. Es zählt: Wer jetzt nicht mit der Zeit geht, der muß selbst eben – mit der Zeit – gehen. Nicht morgen, sondern jetzt. Gleichzeitig muß sich die CDU weiter für projektbezogene Mitarbeit besonders für CDU-nahestehende Nichtmitgliedern öffnen. Die Union darf beispielsweise gerade auf kommunaler Ebene nicht durch die »Closed-Shop-Mentalität« geprägt werden. So treten wir für sogenannte offene Listen ein, damit zur Kommunalwahl auch Bewerber für die Union kandidieren können, die nicht der Partei angehören – der Hintergedanke: Andere Meinungen schaffen neue Impulse.

Der Wandel unserer Gesellschaft erfordert, daß Wege gesucht und gefunden werden, um die christdemokratische Identität in die heutige Zeit übersetzt und vor allem umgesetzt wird. Hier gilt: Der Inhalt bleibt, er wird nur verständlicher gemacht und somit der heutigen Zeit angepaßt. Unsere christlichdemokratische Identität neu übersetzt bedeutet somit: Nachhaltigkeit, Mitmenschlichkeit und Eigenverantwortung. Dies soll unser neues Fundament werden, auf dessen Basis wir für Erneuerung eintreten. Die Beharrungsmentalität hilft uns nicht weiter – auch hier müssen wir mit der Zeit gehen, sonst geht sie ohne uns.

Als demokratisch legitimierte Macht ist es unsere zwingende Aufgabe, uns am Gemeinwohl der Bevölkerung zu orientieren. Das heißt: Lösungsvorschläge für komplexe Herausforderungen und Probleme der Gesellschaft zu erarbeiten und im politischen Wettbewerb mehrheitsfähig zu machen.

Die Menschen sollen ihre Bereitschaft für gesellschaftspolitisches Engagement einbringen können. Jeder, der mitmacht ist wichtig. Wir wollen an die Menschen appellieren, ihre Motivation steigern, Kreativität wecken und auf

rechten. So soll die Nominierung von Wahlkreiskandidaten ebenso wie andere Vorstandswahlen in Mitgliederversammlungen erfolgen. Die Spitzenkandidaten für Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentswahlen werden vom Parteitag gewählt. So erreichen wir eine intensivere und direktere Entscheidungsbeteiligung der Mitglieder.

## Wir fordern neue Köpfe statt alter Zöpfe.

Neues Denken braucht neue Köpfe. Wer den Neuanfang proklamiert, braucht neue Gesichter, die ihn glaub-

würdig präsentieren. Ein ausgeglichener Generationenmix – keinen Ausschluß der jungen Generation. Die Erfahrungen müssen an die jungen Menschen weitergegeben werden, denn, wer die Zukunft unseres Landes gestalten will, muß auch an die jüngeren denken. Zukunftsorientierte Politik

heißt nicht, den Altersdurchschnitt des CDU-Bundesvorstandes auf das Vorruhestandsalter festzusetzen – gibt den jungen Menschen mehr Verantwortung, sie sind die Zukunft! So fordern wir nicht nur »Jung denken«, sondern auch, daß junge Menschen mitdenken, mitgestalten und Verantwortung übernehmen – und zwar jetzt. ■

**»So fordern wir nicht nur »Jung denken«, sondern auch, dass junge Menschen mitdenken, mitgestalten und Verantwortung übernehmen.«**

# Wirtschaften für Soziales

HILDEGARD MÜLLER

Sah man sich in den letzten Wochen die Medienberichterstattung genauer an, hatte man den Eindruck, dass die Affäre um das frühere Finanzgebahren der CDU das größte Problem sei, das die deutsche Politik in diesen Tagen hatte. Im Windschatten unserer Probleme wuchern die ungelösten Herausforderungen, die unser Land betreffen weiter. Die Schröder-Regierung bleibt konzeptlos. Die größte Frage, die die Menschen bedrückt – die hohe Arbeitslosigkeit – bleibt ungelöst. Politik muß hier wieder Perspektive geben.

Das ist auch Aufgabe der CDU als moderner Oppositionspartei. Ohne gemeinschaftliche Verpflichtung aller am Arbeitsmarkt Beteiligten ist das nicht zu gewährleisten. Hier ist die Politik gefordert. Je höher die Steuer und Abgabenlast, desto schwieriger ist die Situation am Arbeitsmarkt zu verändern. Die Rot-Grüne Steuerreform treibt dies auf die Spitze. Hier muß es zu einer grundlegenden Erneuerung kommen. Die USA haben es Mitte der 80er Jahre vorexerziert. Die jetzigen 38 Steuern sind radikal zu reduzieren, statt sie auszuweiten. Die CDU hat bereits gute Ansätze zur Reduktion der Steuersätze und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage vorgelegt. Auch eine stärkere Verlagerung von der direkten auf die indirekte Besteuerung sollte geprüft werden. Der Schlüssel zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit liegt in einer konsequenten Steuerreform. Sozialdemokratische Beschäftigungsprogramme sind der falsche Weg.

## Das Land stark machen

Das System der umfassenden Staatsfürsorge für alle Lebensbereiche schafft massive Gerechtigkeitslücken. Die Union braucht ein neues und ehrliches Konzept zur Sicherung der Sozialsysteme und Förderung der Wirtschaft. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik dürfen nicht länger als Gegensatzpaar betrachtet und alte Systemstreitigkeit geschürt werden. Eine konsequente Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ist hier der Weg zum Erfolg. Mitmenschlichkeit, Nachhaltigkeit und Eigenverantwortung müssen auch hier die Maßstäbe eines neuen qualitativen Ansatzes sein. Nachhaltig ist dabei die Partei, die die Sozialsysteme auch für kommende Generationen tragfähig macht. Mitmenschlich und sozial sind die, die unter den Wettbewerbsbedingungen der Globalisierung ihr Land wirtschaftlich so stark machen, daß es den Schwachen helfen kann. Eigenverantwortlich sind die, die erkennen, daß die Absicherung von schwachen, kranken und älteren Mitbürgern von allen einen Beitrag fordert. Die junge Generation wird den Generationenvertrag nur dann erfüllen können, wenn er sie nicht unverhältnismäßig belastet. Um diese überproportionale Belastung zu verhindern, muß auf einen neuen Vertrag zwischen den Generationen hingearbeitet werden, der auf mehr Selbstverantwortung und Eigeninitiative aufbaut. Private und betriebliche Vorsorge müssen in Zukunft im Vordergrund stehen, die enge Kopplung der sozialen Sicherungssysteme an die Erwerbstätigkeit bedarf der Überprüfung.

## Pro Zukunft

Das Vertrauen in den Generationenvertrag ist brüchig. So vertraut kaum ein junger Mensch darauf, daß mit dem bisherigen System seine Alterssicherung gewährleistet ist. Der Begriff der Nachhaltigkeit scheint auch in der Umwelt- und Sozialpolitik eine fromm vorgetragene Floskel ohne Konsequenz. Immer höhere Steuern und eine zu hohe Regulierungsdichte tun ein Übriges, um das Vertrauen in die Politik zu erschüttern. Die Last, die den kommenden Generationen aufgebürdet wird ist dauerhaft für diese nicht tragbar. Eine Politik des »weiter so« gefährdet die Perspektiven unseres Landes und kann nicht dazu führen, das junge Wählerklientel für sich zu gewinnen. Die Landtagswahlen im vergangenen Jahr haben verdeutlicht, daß man mit den Stimmen der Jungwähler Wahlen gewinnt. Eine zukunftsorientierte Politik ist demnach Voraussetzung für ein dauerhaftes Wiedererstarken der CDU. ■



## Hildegard Müller

Hildegard Müller, geb. am 29.06.1967.

Nach ihrem Abitur 1987 machte sie eine Ausbildung zur Bankkauffrau bei der Dresdner Bank AG in Düsseldorf. An die Ausbildung schloss sich ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf an.

Im März 1995 Eintritt bei der Dresdner Bank AG in Düsseldorf. Dort ist Hildegard Müller zur Zeit Leiterin des Bereich Qualitätsmanagement im Firmenkundengeschäft der Region Rheinland.

Seit 1994 ist sie Vorsitzende der CDU Lohausen/Stockum in Düsseldorf und seit 1998 Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes.

Von 1996 war Hildegard Müller zwei Jahre die Vorsitzende der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft Düsseldorf e. V. an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Seit 1999 ist sie zudem als Stellvertretende Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von Nordrhein-Westfalen tätig.

Von der Glaubwürdigkeitskrise der Parteien und der Politik generell ist nicht erst seit der CDU-Spendenaffäre die Rede. Allerdings ist durch sie offenbar geworden, dass auch in demokratisch legitimierten Systemen Einzelne in der Lage sind, das System zu kompromittieren. Wer aber glaubt, christliche Wertvorstellungen mit dem Verweis auf einzelne Situationen des Fehlverhaltens diskreditieren zu können, greift ins Leere. Die Gültigkeit christlicher Werte und Prinzipien ficht das im Kern nicht an. Die Grundwerte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bleiben zeitlos. Die CDU wird gebraucht.

# Für eine innere Kultur der Courage

DIRK NOTHEIS

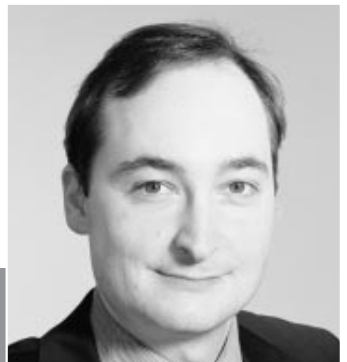
»Konservieren heißt dem Veralten wehren«, so formulierte es der deutsche Philosoph Franz von Baader. Die Werteorientierung der CDU enthält also gleich zwei für unsere Zeit besonders wichtige Säulen. Die Bewahrung des für richtig erkannten und die Offenheit für Neuerung und immerwährende Erneuerung. Das betrifft ihre inhaltliche Ausrichtung, wie auch ihr strukturelles Arbeiten. Im christlichen Menschenbild steckt der permanente Antrieb zur Modernisierung. Es stellt den Menschen in den Mittelpunkt allen Strebens und ist damit nicht rückwärts- sondern vorwärtsgerichtet.

## Erneuerung als Chance

In dieser für die Partei schwierigen Situation kann es deshalb nicht darum gehen, sich der bisherigen Werte und Grundorientierungen zu entledigen. Vielmehr gilt es diese auf die heutige Zeit anzuwenden und sie im Spiegel der Gegenwart neu zu deuten. Erneuerung bedeutet hierbei dem Auftrag der christlichen und konservativen Maßstäbe gerecht zu werden. Nicht als Selbstzweck, sondern auf das Wohl der Menschen und der Schöpfung als ganzes ausgerichtet.

Ein zentrales Ziel der neuen Parteiführung muß deshalb darin gesehen werden, einen ernstgemeinten gedanklichen Suchprozeß in der Partei zu ermutigen. Hierin zeigt sich nicht zuletzt unser Bekenntnis zum christlichen Menschenbild: daß niemand vollkommen, sondern auf das Streben, auf Mühe und Suche angewiesen ist. Offenheit ist daher, auch aus diesem Blickwinkel, das Gebot der Stunde. Die besondere Aufgabe des Präsidiums der Partei ist in Zukunft, die inhaltlichen und thematischen Diskussionen, die im Rahmen der Neuorientierung erforderlich sind, zu ermutigen und mitzuhelfen, daß sich die Partei zu Entscheidungen durchringt. Hingegen dürfen die verschiedenen Meinungen nicht wie bisher, aus Kalkül oder Aspekten der Machtsicherung, einfach nebeneinander bestehen bleiben. Erst aus den vielen in der Sache ausgetragenen Einzelstreits kann sich eine neue Identität der CDU herausbilden. Diese neue Identität auf bewährter Grundlage ist bitter nötig.

Die Herausforderungen der Globalisierung und die immer stärkere Vernetzung der Kommunikationsgesellschaft beschleunigt alle gesellschaftlichen Entwicklungen und fordert die Aktions- und Reaktionsfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Um von den raschen Entwicklungsprozessen nicht überrannt zu werden, wird es nicht mehr genügen, lediglich auf aktuelle Situationen zu reagieren. Politik, die diese Prozesse gestalten will, muß vorausschauend sein. Sie braucht klare Ziele und muß auf die »Nebenwirkungen« ihres Handelns vorbereitet sein. Deshalb wird innerhalb des deutschen Parteienspektrums dauerhaft die Gruppierung erfolgreich sein, die den Bürgern am glaubwürdigsten ihren Lösungsentwurf für die scheinbar undurchschaubaren Problemlagen anbietet. Das erfordert einen Wettbewerb der Ideen in der CDU und eine erneuerte, innere Kultur der Courage. ■



## Dirk Notheis

Dirk Notheis, geb. am 30.04.1968,

studierte an der Universität Mannheim Betriebswirtschaftslehre, Politische Wissenschaften und Philosophie. An das Studium schloss er eine Promotion zum Dr. rer. pol. an. Von 1992 - 1994 war Dirk Notheis wissenschaftlicher Mitarbeiter von Dr. Erwin Vetter MdL, Ministerim Staatsministerium von Baden-Württemberg. Nach fünf Jahren als Abteilungsdirektor der SGZ-Bank in Frankfurt/Main, ist er seit 1999 Officer bei der Internationalen Investmentbank Morgan Stanley in Frankfurt.

Von 1994 an sitzt Dirk Notheis im Kreisrat des Landkreises Karlsruhe und ist Mitglied der Versammlungsversammlung des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein. 1994 - 1999 war er Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg und ebenfalls seit 1994 ist er Mitglied im Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg.

# Herausforderung Bildung

Wir leben heute in einer Informations- und Wissensgesellschaft. Das Wissen verdoppelt sich alle 5-7 Jahre. Daraus ergibt sich fast von selbst, dass sich im klassischen Bildungssystem etwas ändern muß. Institutionalisierte Bildung ist heute nicht mehr als Qualifizierung von Menschen in einer bestimmten Lebensphase – nämlich als Kinder und Jugendliche – zu begreifen. Vielmehr ist daraus abgeleitet ein lebenslanges Lernen notwendig.

TANJA GÖNNER

Dies heisst aber mehr als Fort- und Weiterbildung im bisherigen Sinne. Neben der Vertiefung vorhandener Kenntnisse und Fähigkeiten muss es dem einzelnen Menschen auch die Möglichkeit eröffnen sich völlig neue Wissens- und Tätigkeitsfelder zu erschließen. Dies bedeutet, dass in der Schule mehr darauf geachtet werden muß, Grundlagenwissen und Methodik zu vermitteln, damit die Möglichkeit gegeben ist, tatsächlich lebenslang zu lernen. Dabei müssen wir zusätzlich den Weg gehen, von der Belehrungs- hin zur Lernkultur zu kommen, da Schule nicht mehr der alleinige Lernort sein wird.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns aber Gedanken darüber machen, wie die Schule der Zukunft aussehen wird. Wie gehen wir mit den unterschiedlichen Begabungen der Kinder und Jugendlichen um, wie bilden wir diese entsprechend heraus, damit die Motivation und der Ansporn vorhanden ist, um lebenslang zu lernen. Denn einerseits ist dieses lebenslange Lernen eine Chance, aber auch ein Herausforderung, die mit Risiken verbunden sein kann. Wie können wir verhindern, dass lernschwache junge Menschen nicht ins Hintertreffen geraten bei der Ausbildung, aber auch im späteren Berufsleben. Wie können wir verhindern, dass die heute schon bestehende Kluft zwischen hochqualifizierten und ungelerten jungen Menschen noch größer wird. Den unterschiedlichen Begabungen der Kinder und Jugendlichen wird das gegliederte System am besten gerecht. Allerdings darf die Hauptschule nicht zur Restschule mutieren, sie muß gestärkt werden. Eine solche Stärkung kann dadurch erreicht werden, dass im Hauptschulbereich verstärkt praktische Elemente in den Schulalltag eingebunden werden. Im Bereich des Gymnasiums ist nicht nur die Verkürzung auf acht Jahre notwendig. Vielmehr muß über eine Ausdehnung der Tagesschulzeit, also auch über die Einrichtung der Ganztageschule nachgedacht werden. Dies führt im übrigen möglicherweise auch zu einer besseren Betreuungssituation im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das duale System im Bereich der Ausbildung war immer die Stärke der deutschen Fachkräfte. Vor den Herausforderungen in den nächsten Jahren ist es notwendig, dieses jedoch sinnvoll im Sinne des Lebenslangen Lernens weiter zu entwickeln. Die Berufsbilder müssen aus der vorhandenen Erstarrung herausgelöst und dynamisiert werden. Es kann nicht sein, dass ein Ausbildungsbild kurz nach seiner Einführung den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht mehr entspricht. Es müssen verstärkt Module und Zertifizierungen im Bereich der Ausbildung erworben werden können, die es ermöglichen, Ausbil-

dungen auch in mehreren Etappen zu absolvieren. Diese Modulausbildung muß auch im Rahmen der Hochschulausbildung möglich sein. Ein Studium muß in mehrere Teilabschnitte einteilbar sein, um hier einen Wechsel zwischen Praxis und Hochschule zu ermöglichen. Auf diesem Weg ist auch eine Vermischung unterschiedlicher Studiengänge möglich, ohne dass die Gesamtstudienzeit unnötig verlängert werden muß. All dies sind nur einige wenige Gedanken dazu, was in den nächsten Jahren im Bildungssystem verändert werden muß, um tatsächlich zum lebenslangen Lernen zu gelangen und dies als Chance zu begreifen. Unabhängig davon sind jedoch aufgrund der vorhandenen Verkrustungen weit mehr Änderungen notwendig (Internationalisierung von Abschlüssen, Forschung, Ausbildung von Lehrern, etc...), um tatsächlich einem modernen Bildungssystem gerecht zu werden. ■



## Tanja Gönner

Tanja Gönner, geboren am 23.07.1969 in Sigmaringen.

Nach einer Ausbildung zur Rechtspflegerin studierte sie Rechtswissenschaft an der Universität Tübingen. Seit 1999 ist sie als Anwältin zugelassen und ist Partnerin in einer Kanzlei mit dem Schwerpunkt Insolvenzrecht. Bereits neben ihrem Studium arbeitete sie im Bereich Insolvenzrecht für verschiedene Kanzleien. 1986 trat sie in die Junge Union und 1987 in die CDU ein.

In der Jungen Union war sie über Jahre Geschäftsführerin in ihrem Kreisverband, 3 Jahre nebenamtliche Bezirksgeschäftsführerin, 3 Jahre im Landesvorstand der Jungen Union Baden-Württemberg und 2 Jahre Beisitzerin im Bundesvorstand der Jungen Union. Seit November 1998 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands.

Auch in der CDU ist sie seit Jahren aktiv. Nach 2 Jahren im Ortsvorstand, ist sie seit 4 Jahren im Kreisvorstand als Pressesprecherin und seit 5 Jahren im Bezirksvorstand Württemberg-Hohenzollern aktiv. Seit 1994 zudem Mitglied im BFA Sport der CDU und seit 1999 Mitglied im BFA Familie und Jugend der CDU.

Politische Schwerpunkte: Jugend-, Familien- und Bildungspolitik, Föderalismus, Rechtspolitik.

Neben Beruf und Politik ist Tanja Gönner Stellvertretende Vorsitzende der Württembergischen Sportjugend, im Vorstand des Kreisjugendring Sigmaringen und Mitglied im Arbeitskreis Jugendpolitik des Landesjugendring Baden-Württemberg.

# Herausforderung Neue Medien

PHILIPP MISSFELDER

Wir leben in einer Zeit gewaltiger Veränderungen, die uns wohl erst im Rückblick vollständig bewusst werden: Internet und Neue Medien entwickeln sich rasend schnell, täglich werden unendlich große Datenmengen bewegt, die Chancen und Möglichkeiten durch E-Commerce & Co. zeichnen sich immer deutlicher ab.

Angesichts dieses Fortschrittes müssen wir unsere Zukunftspläne stets auf die neuen Anforderungen einstellen, privat und in der Politik. Die Diskussion um die sogenannten »Greencards« für ausländische Fachkräfte überrascht nicht, wenn die Ausbildung und Förderung von Spezialisten in Zukunftsbranchen im vergangenen Jahrzehnt betrachtet werden: Schulpolitik liegt in der Hoheit der Bundesländer, und diese waren im Zeitraum der Versäumnisse mehrheitlich SPD-geführt. Nun helfen jedoch keine Schuldzuweisungen – Fakt ist: Deutschland liegt im Vergleich zu den anderen Industriestaaten hinsichtlich der IT-Nutzung nur in der unteren Hälfte. Weit abgeschlagen hinter den USA und Skandinavien, wo doppelt so vielen Menschen ein PC zur Verfügung steht. Das deutsche Defizit muss zügig ausgeglichen werden, damit unser Land mit seinem »Rohstoff Bildung« international wettbewerbsfähig bleibt. Langfristig darf es keine Teilung der Gesellschaft in »Onlines« und »Nonlines« geben. Beteiligungsformen wie Diskussionsforen oder virtuelle Umfragen und Serviceleistungen wie das »virtuelle Rathaus« machen nur Sinn, wenn jeder die Chance hat, diese wahrzunehmen.

## Rot-Grün vergrößert die Konsequenzen

Die jüngsten Schritte sind daher richtig: Zualtererster müssen die Schulen flächendeckend mit Internetzugängen ausgestattet werden. Dabei vergisst die rot-grüne Bundesregierung jedoch einen wichtigen Zusammenhang. Wenn die Internet-Plätze eingerichtet sind, ist für viele Schulen die Frage der Folgekosten noch ungeklärt. Dazu kommt, dass nach wenigen Jahren alle wichtigen PC-Komponenten veraltet sind. Eine Ausbildung auf dem aktuellen Stand der Technik ist nur möglich wenn auch die regelmäßigen Erneuerungen finanziell abgesichert sind.

## Für Medien erziehen

Doch bei allen wirtschaftlichen Gesichtspunkten dürfen andere Bereiche nicht vergessen werden. Dazu zählen sowohl Daten- und Verbraucherschutz als auch Überlegungen, wie die Informationsflut zu begleichen ist. Konkret: Eine Partei, die immer wieder den Bestand des Koordinatensystems der Werte anmahnt, muss beispielsweise über die Forderung nach einem Schulfach »Medienerziehung« nachdenken. Denn bisher wird im Rahmen der Reizüberflutung durch Fernsehen, Computerspiele, Videofilme, Werbung und Internet von den Schulen zu wenig vermittelt, das zur Verarbeitung der Einflüsse beitragen könnte.

## Internet und CDU

Ein weiterer Aspekt ist die Nutzung der Neuen Medien für die politische Arbeit: Im Rahmen eines leistungsstarken Internet- und Intranetsystems müssen Funktionsträger vernetzt werden. Dazu gibt es bereits heute Ansätze, die einen konsequenten Ausbau verlangen, damit im politischen Alltag wie auch in Wahlkämpfen schneller und wirksamer gehandelt werden kann. Wann und wie die CDU dieses Ziel erreicht, liegt an uns. ■



## Philipp Mißfelder

Philipp Mißfelder, geb. am 25.08.1979.

Nach dem Abitur in Bochum ging er zur Bundeswehr. Seit Juli 1999 ist er Wehrdienstleistender bei der Informations- und Pressestelle der Bundeswehr in Berlin.

Seit 1993 ist er Mitglied der Jungen Union und der Schüler Union. Seit 1995 CDU-Mitglied.

1996 wurde er Kreisvorsitzender der Schüler Union und ein Jahr später Landesvorsitzender der Schüler Union in Nordrhein-Westfalen. Seit 1998 ist Philipp Mißfelder Bundesvorsitzender der Schüler Union. In dieser Funktion gehört er den Bundesvorständen von CDU und der Jungen Union als kooptiertes Mitglied an.

# EU-Osterweiterung ist Zukunftsprogramm

Die Erweiterung der EU ist die historisch einmalige Chance, Europa als Ganzes zu einen. Sie ist eine politische und moralische Verpflichtung, denn die Menschen in Polen, Ungarn, Tschechien sowie den anderen Ländern haben ebenso wie die Menschen in den neuen Bundesländern entscheidend dazu beigetragen, die Diktaturen in den Ostblockstaaten nieder zu ringen und den Weg für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu ebnet. Aber es ist keineswegs nur die historische Verantwortung, die eine entschiedene und zügige Osterweiterung erforderlich macht, sondern die eigene Verantwortung Deutschlands für die Zukunft.

KATHARINA  
REICHE

Die EU-Osterweiterung ist das verlässlichste Zukunftsprogramm: Deutschland hat nach einer Erweiterung auch im Osten gefestigte Demokratien und dynamische Marktwirtschaften als Nachbarn und Partner. Gleichzeitig wird durch wirtschaftliche Prosperität und demokratische Stabilität in diesen Länder nachhaltig und langfristig der Frieden in ganz Europa gesichert.

Schon jetzt sind die positiven Auswirkungen des wirtschaftlichen Austausches mit den Staaten aus Mittel- und Osteuropa deutlich spürbar. Besonders Polen, mit weit über 10% Anteil am deutschen Außenhandel, ist schon seit 1996 der wichtigste Handelspartner für Deutschland im mittleren Osteuropa. Allein durch den Export nach Polen werden mehr als 100.000 Arbeitsplätze gesichert. Polen steht mit an der Spitze der deutschen Direktinvestitionen im Ausland und ist gleichzeitig eines der wichtigsten Abnehmerländer von deutschen Produkten und Dienstleistungen. Durch die immensen Wachstums- und Strukturwirkungen wird die Osterweiterung der EU die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas verbessern und steigern.

#### Netzwerk schaffen

Auch auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene ist der Austausch intensiv. Deshalb müssen auch jene Projekte und Aktionen nachdrücklich gefördert werden, die dazu beitragen, dass beispielsweise die deutsch-polnischen Verbindungen kontinuierlich dichter und enger werden. Durch breite »Graswurzelarbeit« müssen diese Projekte begleitet, unterstützt und vernetzt werden, damit sie noch besser untereinander kommunizieren, voneinander profitieren und miteinander ein Netzwerk knüpfen und gestalten können.

#### Zukunftsprojekt Osterweiterung

Trotz der momentan schwankenden Zustimmung der Bevölkerung zur EU-Osterweiterung in Mittel- und Osteuropa sind die Menschen mit Blick auf die EU ohne Frage bereit, sehr hart zu arbeiten. Wenn man ihnen nun aber die Perspektive auf die unwiderrufliche Zugehörigkeit zur Union nimmt, auf die sie so lange und so hart hingearbeitet haben, werden die nicht die Kräfte mobilisieren können, um die Modernisierung und den Anschluss zu schaffen. Aber auch in Deutschland müssen wir weiter für das Zukunftsprojekt Osterweiterung und Vertiefung der EU werben. Das ist eine der wesentlichen Herausforderungen für den künftigen CDU-Bundesvorstand. ■



Katharina Reiche

Reiche, Katharina, geb. am 16.07.1973.

Nach ihrem Abitur studierte sie Chemie in Potsdam, den USA und Finnland. Nach dem Diplom begann sie eine Promotion an der Universität Potsdam und war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität.

Seit 1997 ist sie Teilhaberin eines mittelständischen brandenburgischen Unternehmens.

1998 zog Katharina Reiche über die Landesliste von Brandenburg in den Bundestag ein.

Dort ist sie Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Neuen Länder und im Petitionsausschuss. Als stellvertretendes Mitglied arbeitet sie zudem im Ausschuss für Bildung und Forschung.

Neben ihrer Arbeit im Bundestag ist Katharina Reiche Stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Union Brandenburg, Beisitzerin im Landesvorstand der CDU Brandenburg, Mitglied im Kreisvorstand der FU Potsdam-Mittelmark und Vorsitzende im Landesfachausschuss der CDU-Brandenburg »Hochschule-Wissenschaft-Technologie«

Schwerpunktthema:

# Globalisierung

- ◆ **Feinbild Globalisierung – Nationalstaat adieu?**  
von Sabrina Schulz Seite 12
- ◆ **»Die Politik muss gestärkt werden« Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte**  
von Georg Milde und Stephan Titze Seite 15
- ◆ **Ist Europa fit für die Globalisierung?**  
von Christian Kremer Seite 18
- ◆ **»Wir brauchen faire Spielregeln« Im Gespräch mit dem Spiegel-Redakteur und Autor Harald Schumann**  
von Andrea Ullrich Seite 20

# Feindbild Globalisierung -

# Nationalstaat adieu?

Welche Instanz kann die Wirklichkeit der globalisierten Welt noch gestalten? An dieser Frage beißen sich Politiker, Wissenschaftler und Journalisten die Zähne aus. Nach Jahren der Bemühungen um eine Definition der »Globalisierung« verstärken sich die Anstrengungen, Konzepte zu ihrer Gestaltung und den Umgang mit ihr zu entwickeln.

SABRINA SCHULZ

**D**er Nationalstaat, so die verbreitete Annahme, kann hierbei nicht mehr die Führungsrolle übernehmen. Zu stark steht er unter dem Druck des System- und Standortwettbewerbs. Ob bei der Anwerbung ausländischer Investoren und ihres Kapitals, ob im Wettbewerb um international mobile Steuerquellen oder beim Ankurbeln der weltweiten Nachfrage nach den eigenen Produkten – es geht darum, die konkurrierenden Nationalstaaten auszubooten, um die eigene Existenzgrundlage nicht nur kurzfristig zu sichern. Diese Funktion des Absicherns kristallisiert sich dabei als vornehmliche Aufgabe des Nationalstaates heraus.

#### Was ist Nationalstaat?

Verkommt der Nationalstaat also zum Dienstleister für die globale Wirtschaft? Verkommt staatliche Politik zur Standortpolitik? Der Machtkonflikt zwischen Staat und Wirtschaft wird häufig beschworen. Warum der Nationalstaat dennoch handlungsfähig bleibt, soll im folgenden deutlich werden.

Zunächst stellt sich die Frage, was den »Nationalstaat« überhaupt ausmacht. Entscheidendes Merkmal ist, so die gängige Definition, das effektive Gewaltmonopol innerhalb eines festgelegten Territoriums mit der staatlichen Souveränität als Grundlage für diesen Machtanspruch. Dies gilt in Deutschland bereits seit dem Westfälischen Frieden im Jahr 1648, der nach dem Dreißigjährigen Krieg eine Nationalstaatsgründung wie die des Deutschen Reiches 1870/71 ermöglichte. Seit dem 19. Jahrhundert haben liberale und demokratische Systeme diesen Anspruch von monarchischen Regimen geerbt. Der moderne Nationalstaat zeichnet sich aus als Garant von Sicherheit, auch von

sozialer und Rechtssicherheit sowie durch eine relativ eigenständige Lenkung der nationalen Ökonomie.

Der Nationalstaat an sich ist also ein relativ junges Phänomen. Nicht unterschätzt werden darf seine verhältnismäßig geringe Verbreitung. Denn unser westliches Staatsverständnis baut auf funktionierenden rechtsstaatlichen Strukturen, individuellen Freiheitsrechten und vielen anderen Merkmalen auf, die in der Mehrheit der Staaten der Welt ein kaum zu realisierendes Ideal darstellen.

#### Bedrohung Globalisierung

Interessanterweise ist es gleichzeitig auch gerade der westliche Wohlfahrtsstaat der sich von der Globalisierung in seiner Existenz bedroht fühlt. Muss der Entwicklungsprozess dieses Nationalstaats aber nicht zwangsläufig weitergehen, zumal sich das Staatsverständnis bisher immer parallel zur historischen Entwicklung verändert hat?

In der Zeit des Kalten Krieges hatte der Nationalstaat die Aufgabe, seinen Bewohnern vor allem Sicherheit und Schutz zu gewähren. Welche Rolle aber nimmt der Nationalstaat heute ein, da die Solidarität und die Identifikation mit dem Staat durch das Verschwinden eines gemeinsamen Feindbildes unterhöhlt ist?

#### Kalte Krieg hinderte Globalisierung

Seit die Frage der nationalen Sicherheit nicht mehr dominiert, erwachen regionale Identitäten neu und können mehr echte politische Autonomie für sich beanspruchen, ohne um ihre Sicherheit fürchten zu müssen. Die Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien und die dortigen Transformationsprozesse sind möglicherweise damit zu erklären, dass der vermeintliche multi-ethnische jugoslawische Nationalstaat nie einer war.

Darüber hinaus offenbart der Perspektivenwechsel weg vom Primat der nationalen Sicherheit hin zur Sicherung des Wohlstands die bereits weit fortgeschrittene Integration der Weltmärkte und beschleunigt den Prozeß der Globalisierung weiterhin.

Die vielfach beliebige, empirisch kaum belegte, vereinfachende Kritik am Glo-

balisierungsprozess, der dem Nationalstaat jeglichen Handlungsspielraum zu nehmen scheint, setzt zu einem großen Teil an Problemen an, die besser als »hausgemacht« zu bezeichnen sind. Wird der nationale Wohlfahrtsstaat, wird das Sozialversicherungs-, das Gesundheits- und Rentensystem tatsächlich von der Globalisierung bedroht? Oder ist es nicht vielmehr so, daß der Wohlfahrtsstaat so lange bestehen konnte, wie seine Konstruktionsfehler noch durch andere Phänomene überdeckt wurden, wie er aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung bezahlbar war?

Lösungen für diese Probleme müssen in erster Linie dort ansetzen, wo sie entstanden sind. Der Nationalstaat ist und bleibt in der Lage, hier zwischen verschiedenen Strategien und Optionen zu wählen. Und zwar unter der Bedingung, daß die politische Diskussion sich vom Streit über den Abbau und die Verteidigung historisch gewachsener Strukturen löst.

#### Global handlungsfähig?

Wie steht es aber mit der Handlungsfähigkeit auf Gebieten, die der Nationalstaat nicht mehr selbst beeinflussen kann: Der internationale Handel, das Weltwährungssystem, die Finanzmärkte, globale Umweltprobleme,...?

Was den Staat in seiner internationalen Umwelt anbetrifft, so müssen wir neu überdenken, was den Nationalstaat heute überhaupt ausmacht. Hal-

ten wir vielleicht krampfhaft an einem Staatsverständnis fest, das den Umständen nicht mehr gerecht wird? Eine Neudefinition der Rolle des Nationalstaates ist notwendig. Und zwar so, wie sie in der Geschichte schon häufig stattgefunden hat. Übergangsszenarien gab es schon immer, und immer wurde erst im Nachhinein, nachdem sich ein Wandel vollzogen hatte, deutlich, was Neues entstanden ist. Wer hätte im 18. Jahrhundert mit dem Übergang der Feudal-

»Der moderne Nationalstaat zeichnet sich aus als Garant von Sicherheit, auch von sozialer und Rechtssicherheit sowie durch eine relativ eigenständige Lenkung der nationalen Ökonomie.«

gesellschaft hin zu einem liberalen und sozialen Rechtsstaat mit nationalem und demokratischen Bewußtsein gerechnet? So ist es gut möglich, dass moderne regionale Zusammenschlüsse von Staaten wie die Europäische Union oder die Nordamerikanische Freihandelszone sich immer mehr auch zu politischen Institutionen wandeln.

#### Integriertes System

Unabhängig davon, in welche Richtung sich der Nationalstaat auch immer entwickeln wird, bleibt er die einzige Quelle legitimer, zumeist demokratisch legitimer Macht. Bis heute sind Staaten als Völkerrechtssubjekte die zentralen Akteure in den internationalen Beziehungen, denn sie bestimmen, welche Regelungen international zu gelten haben, sie setzen diese in nationales Recht um und sanktionieren Rechtsverstöße. Es gibt keine legitime Instanz über dem Nationalstaat.

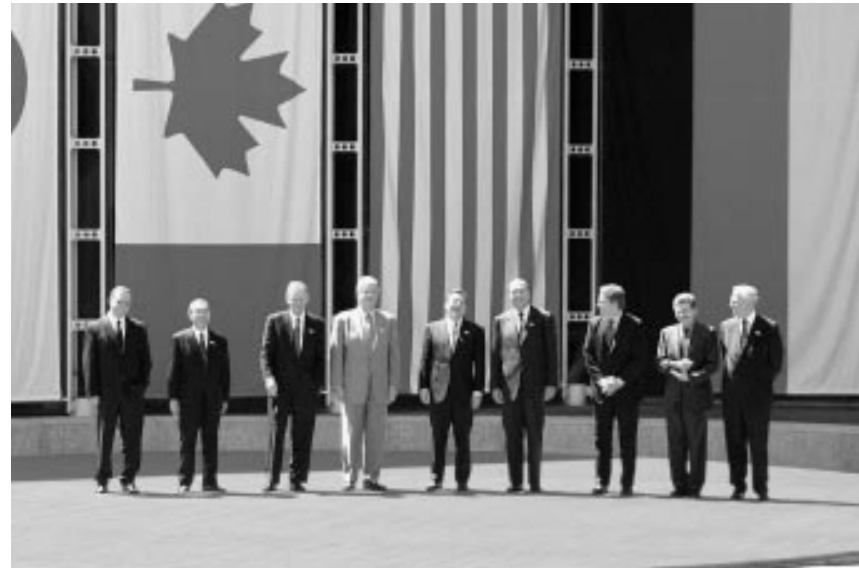
Zentrale Funktion des Nationalstaats wird immer die Übertragung von zurechenbarer (Regierungs-)Gewalt in jede Richtung bleiben: nach »oben« zu internationalen Regimen oder Organisationen und nach »unten« zu regionalen Akteuren. Unabhängig davon, wie ein integriertes System internationaler, nationaler und regionaler Mächte in der internationalen Staatenwelt aussehen könnte, muss die Architektur der Institutionen von Nationalstaaten strukturiert werden.

Von diesem Standpunkt aus ist es leichter, die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats auf den Prüfstand zu stellen und nach neuen Strukturen auf internationaler Ebene zu suchen.

#### Ist internationale Politik demokratisch?

Bevor man aufzeigen kann, wo Handlungsspielräume der Nationalstaaten für globale Probleme bestehen, muss ein beliebiger Einwand entkräftet werden: Wie steht es um die demokratische Absicherung und Legitimierung »transnationaler« Politik? Demokratische Selbstbestimmung ist nicht unvereinbar mit Anerkennung externer Zwänge. Demokratische Regierungen sind auch demo-

kratisch legitimiert, um die aktive Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen vorzunehmen, wenn dies in



gemeinwohlverträglicher Weise geschieht. So entstehen internationale Organisationen, Abkommen und Kooperationsmechanismen, weil Nationalstaaten diese willentlich schaffen und ihnen Legitimität verleihen.

#### Grenzüberschreitend denken

Die faktische Handlungsfähigkeit des Nationalstaats geht daher sogar über die eigenen Grenzen hinaus. Da die einzelnen Staaten viele Probleme national nicht lösen können, gehen sie Vereinbarungen mit anderen Nationalstaaten ein.

»Es gibt keine legitime Instanz über dem Nationalstaat.«

Verhandlungslösungen haben eine ganz eigene Legitimationsgrundlage, denn den unverfälschten Mehrheitswillen kann es auf internationaler Ebene nicht geben. Dies wurde besonders bei der Neubesetzung des IWF-Chefposts deutlich, bei der bekanntlich nationalstaatliche Interessen eine höhere Priorität darstellten als die zur Wahl stehenden Personen diese verbinden könnten.

#### Gemeinsam gestalten

Handlungsfähigkeit ist und bleibt für den Nationalstaat auch außerhalb der eigenen Grenzen möglich. Selbst dort, wo er in seiner Reichweite offenbar überfordert ist, gibt es doch Mechanis-

men und Spielräume, gemeinsam mit anderen Akteuren entscheidend und gestaltend zu wirken.

Beispiele gibt es genügend:

► Abkommen zwischen größeren Staaten z.B. zur Stabilisierung von Wechselkursen (G8).

► Internationale Regulierungsinstitutionen wie die WTO.

► Handelsblöcke wie die EU oder die NAFTA können z.B. Umwelt- und Sozialstandards wirksamer durchsetzen als Nationalstaaten, insbesondere, wenn sie sich wie die EU zu politischen Einheiten entwickeln.

► Die nationale Politik kann im eigenen Staat für den Ausgleich von Kooperation und Wettbewerb zwischen Firmen und sozialen Interessen sorgen: durch die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie über ein effizientes Ausbildungssystem kann der Staat wettbewerbsfähig werden oder bleiben.

► Auch die regionale Politik kann, z.B. durch kollektive Dienstleistungen für die heimische Wirtschaft, Handlungsfähigkeit beweisen.

Nationalstaaten werden auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen: Als Instanzen, die international gültige Normen und Regeln vorgeschlagen, legitimieren, in nationales Recht umsetzen und überwachen können.

Der Nationalstaat bleibt daher als Quelle der Rechtsherrschaft und Garant international bindender Regelungen handlungsfähig. ■

# Die Politik muss gestärkt werden

GEORG MILDE, STEPHAN TITZ

Nicht nur im Hinblick auf veränderte Arbeitsbedingungen sind die Gewerkschaften von der Globalisierung betroffen – der weltweite Markt erfordert in vielfacher Hinsicht neues Denken und Handeln. Die ENTSCHEIDUNG sprach mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte, über den globalen Wettbewerb und die veränderten Anforderungen an die Arbeitnehmervertreter. Der 60-jährige Schulte steht seit Juni 1994 an der DGB-Spitze. Zuvor war der gelernte Maurer Funktionär bei der IG-Metall und Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Thyssen Stahl AG.



ENTSCHEIDUNG: Das Thema Globalisierung findet in vielen Zusammenhängen Erwähnung. Welche Chancen und Risiken sehen Sie hinsichtlich ihrer Entwicklung?

Schulte: Bei der Globalisierung überwiegen auf jeden Fall die Chancen, die sich damit verbinden. Denn Globalisierung ist nichts Neues, sondern nur ein neuer Begriff für einen lange existierenden Prozess: Öffnung der Märkte, Grenzenlosigkeit von Verkehr und Kapital, sich schnell entwickelnde Kommunikationsmittel – die Welt ist enger zusammengerückt. Und die Chancen für Deutschland sind enorm groß: Entwicklung des deutschen Exportes, Europäische Uni-

on, einheitliche Währung – das alles sind auch Resultate der Globalisierung. Natürlich sind mit ihr auch Risiken verbunden, und es wird Verlierer geben. Zum einen ganze Länder, zum anderen Gruppen innerhalb eines Staates.

ENTSCHEIDUNG: Kann die Politik überhaupt noch ausreichend Einfluss auf die vielen Veränderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, nehmen?

Schulte: Die Politik kann und muss mehr Einfluss nehmen. Doch ich habe erhebliche Zwei-

fel, ob die augenblickliche Politik in aller Welt rechtzeitig erkennt, was von ihr erwartet wird. Wenn sich politisch Verantwortliche immer stärker zurückziehen, dann können sie irgendwann nicht mehr sozialstaatlich handeln. Wenn bestimmte Steuerungselemente verschwinden und die Unternehmer grenzenlose Möglichkeiten vorfinden, dann läuft etwas falsch. An dieser Stelle muss der Einfluss der Politik stärker werden. Es kann nicht zugelassen werden, dass täglich Billionen US-Dollar als Spekulationen durch die Welt marschieren. Kapital kann politisch entscheiden und Regierungen ohnmächtig werden lassen – ein Beweis dafür, dass Politik gestärkt werden muss. Denn Kapital wird sich niemals um soziale und humanitäre Interessen scheren – davon ausgenommen ist einzelner unternehmerisches Verhalten.

**ENTSCHEIDUNG:** *In Deutschland herrscht ein Mangel in bestimmten qualifizierten Berufsfeldern. Wie soll dieses Defizit behoben werden?*  
Schulte: Die grundsätzliche Frage lautet doch: Was sind die Ursachen für den Mangel? Es sind Versäumnisse bei Schule, Hochschule und Ausbildung in den letzten Jahren. Punkt. Welche Lehren sind daraus zu ziehen? Keine Schlagworte in Hochglanzbroschüren verwenden, sondern wirkliche Qualifizierung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen durchsetzen. Vielleicht ist die Thematisierung des bestehenden Defizits ein heilsamer Zwang. Wir müssen aber zunächst den wirklichen Bedarf klären. Und Deutschland muss konkrete Greencard-Vorhaben erst einmal mit den anderen europäischen Staaten absprechen.

Grundsätzlich gilt: Die Erwerbsbiographien werden sich verändern – der berufliche Wechsel wird der Regelfall sein. Jeder junge Menschen muss heute davon ausgehen, vorübergehend auch einmal keine Beschäftigung zu finden. Wir stehen vor gewaltigen Veränderungen, da der globale Markt es ermöglicht, Fachleute in aller Welt arbeiten zu lassen. Das wird sich nicht verhindern lassen.

**ENTSCHEIDUNG:** *Braucht Deutschland eine gezieltere Förderung von Hochqualifizierten?*  
Schulte: Es geht hier um die Begriffe Durchlässigkeit und Transparenz. Wer objektiv in der Lage ist, schneller zu lernen, muss die Chance haben, seinen eigenen



**»Verlierer in Deutschland sind die vier Millionen Arbeitslosen; sie sind Opfer der Wiedervereinigung, der Technisierung und auch der Globalisierung.«**

Weg zu gehen. Den gab es in der Vergangenheit oft nur unter komplizierten Voraussetzungen, da das schwächste Glied die Orientierungsmarke war. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob alle die gleichen Startvoraussetzungen vorfinden. Diese müssen nach Ansicht der Gewerkschaften zumindest annähernd vorhanden sein. Arbeitnehmerkinder haben immer noch nicht die gleichen Voraussetzungen wie Kinder aus besser gestellten Haushalten. Hier muss die Chancengleichheit verstärkt werden. Zur Transparenz: In Deutschland existiert noch ein alter Zuschnitt von Hochschulen, der dem neuesten Stand nicht mehr entspricht. Beispiel lebenslanges Beamtenamt statt Professuren auf Zeit – solche Fragen muss man stellen. Die Frage, ob das noch sinnvoll ist und welche Alternativen es gibt, muss man mit Blick auf die Wissensgesellschaft von morgen stellen.

**ENTSCHEIDUNG:** *Im Zuge der Globalisierung treffen weltweit verschiedene Gewerkschaftssysteme aufeinander. Welche*

*Erfahrungen machen Sie im Hinblick auf Fusionen von Großunternehmen?*

Schulte: Beispiel DaimlerChrysler: In den USA existiert im Gegensatz zu unserem 'rheinischen Kapitalismus' kein Mitbestimmungsgesetz. Trotzdem sind die US-Gewerkschaften im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft vertreten. Zweites Beispiel: In der heißen Phase des Übernahmekampfes Vodafone-Mannesmann hat der US-Gewerkschaftsvorsitzende vor der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone gewarnt, da sonst eine Filetierung der drei Mannesmann-Segmente drohe. Und dies gefährde die Arbeitsplatzsicherheit. Das heißt, die US-Gewerkschaften haben Anteile an Pensionsfonds, die wiederum an Vodafone beteiligt sind. Wir spielen als Beteiligte auf dem Klavier schon ganz gut mit.

**ENTSCHEIDUNG:** *Müssen im Hinblick auf den weltweiten Wettbewerb die tarifpolitischen Strukturen und Verhandlungsmechanismen flexibler werden?*

Schulte: Ich vermag nicht zu erkennen, dass unser Tarifvertragssystem Hindernisse im Wettbewerb setzt. Der konsensorientierte Rheinische Kapitalismus ist keine Schwäche, sondern ein starker Vorteil. Wir müssen versuchen, mehr im Konsens zu regeln und uns bei Tarifverhandlungen in die Denkstrukturen der gegenüberliegenden Seite hineinversetzen. Beide Seiten sind Manager ihrer Interessen. Neben dieser geistigen Flexibilität ist Mobilität gefordert. Denn schon die Bandbreite der heute bestehenden Tarifverträge wird kaum genutzt.

**ENTSCHEIDUNG:** *Die Gewerkschaftsmeinung ist nicht der Regierungsmeinung gleichzusetzen, auch wenn die Sozialdemokraten den Bundeskanzler stellen. Dann müsste doch Anknüpfungspotential zwischen DGB und der oppositionellen Union zu finden sein...*

Schulte: Das, was der derzeitige Bundeskanzler vorträgt, wird von uns daraufhin überprüft, was wir einer anderen Regierung dazu sagen würden. Und jede Regierung hat die Chance, sich zu korrigieren.

Zur Union bestehen diverse Kontakte: Ein Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes gehört der CDU an und ist Nachfolgerin von Regina Görner, die jetzt CDU-Ministerin im Saarland ist. Zum anderen pflegen wir sehr gute Beziehungen zur CDA, auch zu Frau Merkel – wie wir in allen anderen politischen Parteien für unsere Positionen werben. Diese werden dann mehr oder auch weniger reflektiert.

**ENTSCHEIDUNG:** *Zum Schluss ein Blick in die Zukunft: Wie wird sich die Zahl der Arbeitslosen in den kommenden Jahren entwickeln?*

Schulte: Die Arbeitslosenzahlen werden, auch aufgrund des Demografie-Faktors sinken. Es kommt aber entscheidend darauf an, neue Beschäftigung zu schaffen, sowohl in

der Industrie, als auch in den Dienstleistungen. Aber: Wachstum alleine wird nicht ausreichen. Ohne eine Umverteilung der Arbeit, ohne Arbeitszeitverkürzung werden wir keinen wirklichen Erfolg haben. Und da brauchen wir vor allem individuelle Zuschnitte, weniger Konfektion, mehr Maßarbeit. Wenn uns das gelingt, dann werden in den nächsten Jahren sehr viel weniger Menschen arbeitslos sein. Dies ist ein heeres Ziel, das die alte Bundesregierung bereits hatte. Es ist damals gescheitert, da nicht alle bereit waren, gleichermaßen mitzuziehen. Wenn wir die Halbierung bis 2002 nicht schaffen, braucht sich niemand zu schämen – es kommt darauf an, ein Ziel vor Augen zu haben. ■



Heute, ein halbes Jahrhundert nach den ersten Schritten der Einigung und Verständigung steht Europa vor ganz anderen Herausforderungen als am Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Ziel der Friedenssicherung in Europa hat nach wie vor oberste Priorität. Der gemeinsame Binnenmarkt erfährt durch die gemeinsame Währung seine Vollendung. Aber haben wir in Europa die richtigen Antworten auf die Globalisierung?

CHRISTIAN KREMER

# Ist Europa fit für die Globalisierung?

Der Wunsch der Europäer nach Frieden und einem Zusammenleben in Sicherheit hat den Grundstein für die europäische Integration gelegt. Kaum jemand zweifelt an, dass dieses Konzept aufgegangen ist und der Wunsch der christdemokratischen Pioniere sich erfüllt hat. Die Staaten der Europäischen Union verfügen über Mechanismen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Mehr noch: Durch gegenseitige Annäherung sind Konfliktsituationen wie sie bis 1945 an der Tagesordnung waren, heute kaum noch vorstellbar. Die zweite große Aufgabe, von Anfang an untrennbar mit der ersten verbunden, ist das Ziel der wirtschaftlichen Einigung. Durch den EG-Vertrag 1957 wurde nach und nach ein gemeinsamer Wirtschaftsraum geschaffen, dem ein Großteil des Wohlstandes, den wir heute in Deutschland und den anderen EU-Staaten genießen, zu verdanken ist. Aber ist Europa fit für die Zukunft in einer globalisierten Welt?

## Euro bringt beste Voraussetzungen

Das Wechselkursverhältnis zwischen Dollar und Euro offenbart gnadenlos die Schwächen, die von der Politik gerne

wegdiskutiert werden. Die Zahlen sprechen für sich. Das Vertrauen der multinationalen Wirtschaft in die Politik der Regierungen der EU, von denen 13 sozialistisch sind, ist gering. Als Währung bringt der Euro beste Voraussetzungen mit – das beweist auch die Preisstabilität seit seiner Einführung. Es mangelt aber an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik. Auch die Entscheidungsschwäche Europas auf der internationalen Bühne spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle.

## Europa muß mit einer Stimme reden

Als außenpolitischer und ökonomischer Akteur in der Welt gibt Europa trotz der Fortschritte in den letzten Jahren noch immer ein schwaches Bild ab. Der Grund für dieses Dilemma liegt in erster Linie in den schwerfälligen Entscheidungsstrukturen der Union begründet – und an der offenbar fehlenden Einsicht der Mitgliedstaaten, dass es ohne Verzicht auf nationale Souveränität keine handlungsfähige europäische

Außen- und Sicherheitspolitik geben kann. Das entspräche der Quadratur des Kreises. Auch die Menschen in Europa wissen, dass einzelne Staaten im Zeitalter der Globalisierung auf viele Probleme alleine keine Antwort geben können. Der Begriff der Handlungsfähigkeit hat seit dem Debakel im Kosovo eine völlig neue Bedeutung bekommen. Durch die Blamage Europas auf dem Balkan ist damit auch die Sicherung der Überlebensfähigkeit Europas verbunden.

## Großer Wurf ausgeblieben

Trotz aller Reformen, trotz Maastricht und Amsterdam, ist der große Wurf bisher ausgeblieben. Wird die Union auch mit 25 Mitgliedern mit den gleichen Institutionen und Abläufen leben müssen, die für sechs Staaten geschaffen wurden? Der im Dezember 1999 in Helsinki eingeleitete Prozeß zur erneuten Überarbeitung der europäischen Verträge läßt Zweifel an einem wirklichen Willen der Regierungen aufkommen, einen entscheidenden Schritt nach vorn zu machen. Die Selbstbeschränkung dieser Regierungskonferenz auf die in Amsterdam nicht erledigten Probleme, neudeutsch als 'leftovers' bezeichnet, deutet bereits darauf hin. Es wird also in erster Linie um die Neugewichtung der Stimmen im Rat, den Umfang der Mehrheitsentscheidungen und die Struktur und Zusammensetzung der Kommission gehen.

Das reicht nicht aus. Es geht derzeit um nicht weniger als die Frage ob die heutigen Strukturen Europas noch in die Zeit passen und die Aufgaben erfüllen können, die morgen auf uns warten. Das hat auch wenig mit übertriebener Europa-Euphorie zu tun. Ein starkes, handlungsfähiges und im besten Sinne föderal-subsidiales Europa – das ist es, was wir brauchen.

## Flexibilität – der Schlüssel zur Vertiefung der Union?

Wenn wir Europa nicht jetzt – vor der nächsten Erweiterungsrunde – die Möglichkeit zu einer Vertiefung im Rahmen von Flexibilität geben, werden wir diese Möglichkeit vielleicht nie mehr bekommen. Die Vorstellung von einem »festen Kern«, die Karl Lamers und Wolfgang Schäuble vor mehr als fünf Jahren entwickelt haben, wäre eine mögliche Antwort auf das aktuelle Dilemma. Diese Lösung wäre auch im Sinne der Beitrittsländer, weil sie einerseits an einer starken und handlungsfähigen Union interessiert sein müssen, auf der anderen Seite aber in einigen Politikbereichen auf absehbare Zeit nicht beteiligt sein können. Ein Beispiel für die Flexibilität ist schon heute das Verhältnis zwischen Euroland und den Nicht-Euro-Staaten. Auch die Integration der Westeuropäischen Union (WEU) als Verteidigungskomponente der Union ist ein – wenngleich verwirrender – Ansatz für mehr Flexibilität.

## Eine europäische Verfassung?

Mit der Schaffung einer Grundrechtscharta wird ein weiterer Schritt in Richtung einer europäischen Verfassung unternommen. Keine Frage: Auch wenn Europa eine Verfassung besäße, wäre es kein Staat im herkömmlichen Sinne. Die Diskussion um die Einordnung Europas in die national belegten Schubladen hilft uns nicht einmal im Ansatz weiter. Entscheidend ist nicht die Bezeichnung, sondern die Schaffung einer

handlungsfähigen und demokratischen Union. Es bestünde die begründete Hoffnung, dass die Kompetenzverteilung klarer als heute vorgenommen würde. Ein wichtiger Schritt wäre in diesem Zusammenhang die Streichung der Generalklausel (Art. 235 EGV) und die Einführung einer Kompetenzabgren-



zung zwischen europäischer Ebene auf der einen und nationaler und subnationaler Ebene auf der anderen Seite. Schließlich darf Europa sich genauso wenig wie die Nationalstaaten engstirnig an die einmal übertragenen Zuständigkeiten klammern.

## Die Herausforderung: Eine Europäische Identität

Insgesamt liegt das derzeitige Problem der Entscheidungsschwäche in Europa wohl in einem Mangel an europäischer Öffentlichkeit und gemeinsamer Identität begründet. Die große Herausforderung der nächsten Jahre müßte also in einer Stärkung der europäischen Identität im Sinne eines Handlungskonsenses in der wichtigen Fragen unserer Zeit liegen. Es gibt genug davon: außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit, wirtschaftliche Stärke, gemeinsame Stimme. Wir dürfen auch die Frage der Grenzen der europäischen Integration in diesem Zusammenhang nicht ausklammern.

Solange es diesen Konsens nicht gibt, verliert Europa sich dauernd in einem Krisenmanagement, das nach außen alles andere als professionell wirkt. Nicht mit zähen Verhandlungen und basarhaften »package deals«, sondern nur mit entschlossenem Handeln und tiefgreifenden Reformen wird Europa auf die Herausforderungen einer globalisierten Welt die richtigen Antworten finden. ■

*Christian Kremer ist Mitglied der Internationalen Kommission und Stellvertretender Generalsekretär der Europäischen Volkspartei (EVP) in Brüssel*

# Wir brauchen faire Spielregeln

ANDREA ULLRICH

Bestsellerautor Harald Schumann über Globalisierung und ihre Gefahren

Das Buch ist ein Verkaufsschlager. Übersetzt in 26 Sprachen, Spitzenplätze auf den Bestsellerlisten vieler Länder und es dreht sich um das Thema...

Weltwirtschaft! Wie ist das möglich? Das weiß nicht einmal der Autor selbst: »Wir hatten im günstigsten Fall mit etwa 20.000 verkauften Exemplaren gerechnet. Dass wir über eine halbe Million verkaufen würden, lag völlig außerhalb unseres Vorstellungsvermögens.«

Harald Schumann, Redakteur im Berliner Büro des SPIEGEL, und sein Wiener Kollege Hans-Peter Martin hatten ursprünglich ein Zielpublikum ansprechen wollen, das sich hauptsächlich mit Politik und Wirtschaft beschäftigt. Aber der Titel »Die Globalisierungsfälle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand« hat offenbar auch bei interessierten Laien Neugier geweckt. »Der Titel klingt ein bisschen alarmistisch«, sagt Schumann, »eigentlich bin ich gar kein Globalisierungsgegner. Man muss den Menschen nur einmal deutlich sagen, was in der Weltwirtschaft so alles schief läuft.«

## Sagen, was schief läuft

In der Globalisierung lägen eigentlich unglaubliche Chancen, meint Schumann. Momentan werde nur nichts getan, um sie für alle Menschen sinnvoll zu nutzen. Er ist überzeugt, dass eine nutzbringend gestaltete Globalisierungspolitik den Frieden unter den beteiligten Nationen sichern kann. »Die Vorstellung zum Beispiel, Deutschland würde urplötzlich Polen überfallen oder Japan einen U.S.-Pazifikstützpunkt angreifen, ohne dass man es vorher merkt, ist in einer globalisierten Welt einfach undenkbar«. Auch ist es möglich, Schwellenländer schneller und

effektiver in die Wirtschaftskreisläufe einzubinden. In Thailand zum Beispiel – Schumann zitiert Zahlen der OECD – hat es im Zuge der Globalisierung einen dramatischen Rückgang der absolut Armen an der Bevölkerung gegeben. Es sind jedoch noch immer die Länder der Ersten Welt, die den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess fest in der Hand haben. »Die Regierungen der führenden Wirtschaftsnationen beschäftigen gewiss viele fähige Betriebswirtschaftler. Aber, was für eine Firma gilt, nämlich, dass man Leistung durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung schafft, ist auf ganze Staaten ein-

fach nicht ohne Änderungen anwendbar. Diese Prozesse sind sehr viel komplexer.«

## Deutschland – ein Gewinner der Globalisierung

Deutschland ist, Schumann zufolge, einer der absoluten Gewinner der Globalisierung. Die Handelsbilanz ist positiv, die Wirtschaft wächst momentan um zweieinhalb Prozent im Jahr. Jedoch: Mit diesem Produktivitätszuwachs kann die Wachstumsrate der Wirtschaftsleistung nicht mithalten. Die Folge ist Wachstum ohne neue Arbeitsplätze. Wie geht das vor sich? Schumann spricht von einer zunehmenden Transnationalisierung der Märkte. Technische und rechtliche Normen wird man auf Dauer vereinheitlichen. Die Infrastruktur wird angepasst. Und vor allem die informationstechnische Revolution der letzten Jahre, die an Dynamik eher noch zunimmt, macht Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse ungeahnten Ausmaßes möglich. Was früher mehrere ausgebildete Arbeitskräfte erforderte, macht jetzt – wenn überhaupt – noch ein einzelner. Was heute noch Geld bringt, kann schon morgen in die Arbeitslosigkeit führen. Schumann prognostiziert, dass in den

nächsten Jahren allein in Deutschland mehr als 100.000 Arbeitsplätze überflüssig werden, EU-weit über eine halbe Million. »Das ist ein Prozess, den die Amerikaner schon seit langem durchlaufen. Wir sind da erst ganz am Anfang. Aber in Nordamerika bekommen wir's gezeigt.« Effektiv könnten in Europa sogar bis zu 15 Millionen Arbeitsplätze in den nächsten zehn Jahren verschwinden – nur taucht das in keiner Statistik auf. Denn 630-Mark-Jobs, Scheinselbstständigkeit und andere Formen gering abgesicherter Arbeitsverhältnisse werden den Löwenanteil dieser Arbeit auffangen. Mittlerweile sind das schon knapp ein Drittel aller Arbeitsplätze in Deutschland. »Die meisten Arbeitslosen finden ja schnell wieder eine Arbeit«, erklärt Schumann, »nur fragen Sie bitte nicht, ob die Bedingungen gegenüber dem vorigen Job besser oder schlechter sind!«

## Paradiesische Verhältnisse in den U.S.A.?

Die sogenannte latente Arbeitslosigkeit ist in den Vereinigten Staaten enorm hoch. Sieben Millionen arbeitslos gemeldete, sechs Millionen, die vermutlich durch die Statistik fallen, weil sie in der vorangegangenen Woche nichts gegen ihre Arbeitslosigkeit unternommen haben, acht Millionen sogenannte Jobhopper, 2 Millionen Handlanger auf Abruf und noch etwa acht Millionen Scheinselbstständige zählt Schumann auf. »Seit 1991 sind in den U.S.A. mehr als 16 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden – stimmt – aber mehr als zwei Drittel davon im Niedriglohnsektor. Sie können die extreme soziale Polarisierung, die das mit sich bringt, in der Explosion der Kriminalität ablesen. Ein Amerikaner hat mir mal gesagt: 'Was bei Ihnen die Langzeitarbeitslosen sind, sind bei uns die Gefängnisinsassen.'«

## Was machen unsere Politiker falsch, Herr Schumann?

Hierzulande sieht der Journalist schwerwiegende Probleme in der Politik. Die Arbeit wird immer teurer – Folge der arbeitsplatzgebundenen Sozialfinanzierung. Nur wer Arbeit hat, zahlt in die Versicherungen ein. »Wenn sich unser Arbeitsmarkt tatsächlich wie in Amerika entwickelt, dann wird dieses Sozialsystem irgendwann explodieren. Es ist unerlässlich, sich über neue Finanzierungsmodelle Gedanken zu machen.« Dabei sind, Schumann zufolge, übrigens auch die Lohnkosten nicht eben ein verlässliches Vergleichskriterium für Standortvergleiche. Würde man nämlich die Vergleichsangaben stets in der jeweiligen Landeswährung begutachten, so ergebe ich für Deutschland, dass die Lohnstückkosten sogar geringer gestiegen seien als anderswo. Für eines der ganz schwerwiegenden Probleme hält Schumann jedoch die Steuerschlupflöcher, die in ganz Europa geduldet werden müssten – aus Rücksicht auf die Briten und die Einstimmigkeit in der EU. »Sehen Sie sich zum Beispiel die britischen Cayman Islands an! Die Hauptinsel hat etwa 15.000 Einwohner, keine Steuerpflicht und 500 Banken!« Auch die Londoner City sei eine einzige gigantische Steueroase. »Wir hängen von den Briten ab. Wenn wir die Schlupflöcher stopfen, blockieren sie in Brüssel alle Entscheidungen. Das kann doch nicht im Sinne Europas sein!« Mit mehr als 50 Milliarden Mark im Jahr gibt Schumann den Betrag an, der dem deutschen Fiskus so Jahr für Jahr durch die Lappen geht.

## Was bleibt zu tun?

Riesigen Geldvermögen einerseits stehen also vier Fünftel der Bevölkerung gegenüber, die sich immer mehr vor dem sozialen Abstieg fürchten. Ein ideales Zielpublikum für die Haiders und Freys aller Länder. Die stetig steigenden Kurse können auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das System auf tönernen Füßen steht. Die reinen Spekulationsgewinne sind, nach Schumanns Zahlen zu urteilen, schon bedeutend größer als vor den großen Börsencrashes von 1929 und 1987. »Die nächste große Finanzkrise steht bevor«, analysiert der Autor, »und diesmal wird sie von den U.S.A. ausgehen.« Was also tun angesichts einer solchen Bedrohung? »Wir müssen streiten für faire Spielregeln auf den Weltmärkten!« fordert Schumann mit Pathos. »Wir brauchen ein Weltkartellamt zur Kontrolle. Ein allein marktorientiertes System funktioniert im weltweiten Kreislauf nicht, denn in demokratischen Gesellschaften gibt es keine »surplus people«, die man abbauen könnte. Konzerne können so denken – Staaten nicht.«

## Unentdeckte Kostbarkeiten

Es gibt in Deutschland nur eine Tageszeitung, die auf der ersten Seite kein Foto hat: die FAZ. Auch sonst ist das Flaggschiff des deutschen Journalismus eher spärlich bebildert, von Infografiken ganz zu schweigen. Es entbehrt daher nicht einer gewissen Überraschung, daß ausgerechnet die FAZ einen Bildband mit den besten veröffentlichten Fotos aus den vergangenen 50 Jahren herausgibt.



Viele Bilder haben in der Folge der Feiern zum 50. Geburtstag der Bundesrepublik im vergangenen Jahr mehr Aufmerksamkeit erlangt als je zuvor durch ihre Veröffentlichungen in der Zeitung. Barbara Klemm tourt mit einer Ausstellung durchs Land, Robert Lebeck hat einen eigenen Bildband herausgegeben. Dennoch birgt der große, umfangreiche Band noch viele unentdeckte Kostbarkeiten des Fotojournalismus. Bilder in der Zeitung müssen eben nicht immer auf der ersten Seite stehen um Aufmerksamkeit zu erlangen. (vt) ■

Christian-Matthias Pohlert (Hrsg.): *Bilder in der Zeitung. Journalistische Fotografie 1949-1999*, 348 S., Keyser Verlag, München 1999, 98,00 DM

## Ein Reader für Champs

Eliten haben wie Fußballfans und Kleinanzeigenaufgeber einen eigenen Jargon, der es ihnen erleichtert mit ihresgleichen zu kommunizieren. Ist 5ZKBStPkZHkF noch verständlich, so sind die Mehrheit der sprachgewandten Deutschen mit »interpendierenden Lebenszusammenhängen in Grenzsituationen der Bürgerverdrossenheit« schlicht überfordert. Sich diesen Sprachauswüchsen der neuen deutschen Führungsschicht zu nähern ist schwierig.

### Sprachverirrung

Es kommt auf den gekonnten Mix aus Verwaltungs-, Soziologen-Ökonomen und Theologendeutsch an, das – kräftig gequirlet und mit einem Schuß Anglizismen versetzt – am En-

de den Sprachquatsch erzeugt, den die meisten Vorstandsvorsitzenden bei Bilanzpressekonferenzen absondern. Da wird sich völlig hemmungslos eine »philosophy committet« oder mit dem Start-up Manager ein Impulsgespräch geführt um sein »family boarding« zu strukturieren. Wer bei all dem Newspeak seinen Sinn für Humor noch behalten hat, sollte sich die kleine Studie von Roland Kaehlbrandt zu Gemüte führen. Die Lektüre wird seine oder Ihre Reibungskonflikte mit der Elite minimieren. (vt) ■

Roland Kaehlbrandt: *Deutsch für Eliten. Ein Sprachführer*. 192 S., DVA, Stuttgart 1999, 36,00 DM

## Blaubär ist Kult

Käpt'n Blaubär gehört neben Käpt'n Iglo und Käpt'n Jack zu den beliebtesten Kumpanen aller 8-12jähriger. Blaubär besteht weder aus Quadratfisch noch aus Militärmusik, auch wenn er beidem nicht unbedingt abgeneigt scheint.

### Zeitlose Storys

Sein geistiger Schöpfer Walter Moers, bisher eher durch Sympathieträger wie »Das kleine Arschloch« oder »Adolf« in Erscheinung getreten hat ein Kinderbuch für Kinder geschrieben, in das Erwachsene, auch wenn sie mal nicht das »Kind im Manne« wecken wollen, gerne lesen. Auch wenn die Verfilmung floppte, wird Käpt'n Blaubär als Buch wohl für die Neunziger, was Michael Endes Romane für die Achtziger längst sind: Klassiker, deren Storys so alters und zeitlos (!) sind, daß sie auch noch 13 1/2 Leben ertrügen. (vt) ■

Walter Moers: *Die dreizehneinhalb Leben des Käpt'n Blaubär. Die halben Lebenserinnerungen eines Seebären mit zahlreichen Illustrationen und unter Benutzung des »Lexikons der Erklärungsbedürftigen Wunder. Daseinsformen und Phänomene Zamoniens und Umgebung« von Prof. Dr. Abdul Nachtigaller*. 704 S., Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 1999, 49,80 DM

## Lesen macht mächtig

Macht macht sexy. Aber sie hat einen hohen Preis: Wer auf ihren Gipfel gelangen will, darf sich nicht zu lange mit moralischen Bedenken und Zweifeln aufhalten. Zu dieser Erkenntnis war zwar auch schon Machiavelli gekommen, wen aber die Bedeutung und Instrumentalisierbarkeit von Macht in heutigen Zeiten mehr interessiert, ist bei dem neuen Buch von Robert Greene besser aufgehoben. Er faßt Macht in 48 praktischen Lebensregeln zusammen, die, als Imperative formuliert, den Weg zur Macht ebnen sollen. Macht muß man sich, meint Greene, erkämpfen; einen sanften Weg zur Macht gibt es nicht. Auch wenn Greenes Buch manchmal etwas zu sozialdarwinistisch ist, bleibt es ein belebendes Kompendium zu Machtfragen jeglicher Art. Ob die Lektüre den Weg an die Spitze erst ermöglicht ist unwahrscheinlich. Auf jeden Fall macht sie ihn abwechslungsreicher. (vt) ■

Robert Greene: *Power. Die Gesetze der Macht*. 535 S., Carl Hanser Verlag, München 1999, 49,80 DM

## Ossi-Schimpfe

Wer glaubt, daß mit levantinischer Lässigkeit nur im nahen Osten gearbeitet wird, sollte eine Reise in den ganz nahen Osten nicht scheuen. Als Reisebegleiter bietet sich der Hamburger Rechtssoziologe Thomas Roethe an. Für ihn sind die Ossis arbeitsscheu. Seine These lautet: Es wächst weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich in Deutschland zusammen, was zusammen gehört, die »DDR-Identität« hat in ihrer Konservierbarkeit Welt-niveau erreicht. Statt selbst anzupacken, wartet man im Osten lieber auf die nächste Finanzspritze aus dem westdeutschen Schlaraffenland, während polnische Gastarbeiter die Plätze und Straßen der ostdeutschen Metropolen pflastern, verfrißt der Ossi die ihm als Arbeitslosen- oder Sozialhilfe zu getanen milden Gaben im nahegelegenen italienischen Eiscafé um den Wirt nach Geschäftsschluß aus Spaß an der Freude zusammenschlagen. Roethes Polemik ist weder fair noch verständnisvoll oder gar sachlich. Aber ist sehr, sehr lustig. (vt) ■

Thomas Roethe: *Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist*. 192 S., Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 1999, 29,80 DM

## GLOSSE

### Es menscht

ANDREAS PÜTTMANN

#### Politische Sprache

Achtet mal darauf, wenn Politiker reden: Die wollen permanent etwas für die »Menschen« tun, die »Menschen« verstehen, den »Menschen« etwas besser erklären, den Willen der »Menschen« erkannt haben. »Bürger«, »Leute«, die »Bevölkerung« geschweige denn das »Volk« kommen in der politischen Sprache kaum noch vor. »Menschen« klingt irgendwie wärmer, fürsorglicher, humaner. Also menscht es permanent, nicht selten mehrmals im Satz und im Dutzend pro Minute. »Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein,« soll auch für das »schmutzige Geschäft« der Politik gelten.

Der Haken an der Sache: Mit dem Begriff und Bewußtsein des »Bürgers« verschwinden auch Verantwortung für die res publica, die Staatsbürgerschaft, die Bürgertugenden die Kompetenz und der Aufruf, die Sache des Staates zu einer eigenen Sache zu machen. Die Franzosen wissen schon, warum sie den citoyen vom bourgeoisie unterscheiden, der sich um bloß private Sorgen einspinnt und dabei die Grundlage seiner Freiheit aus dem Auge verliert. Das inflationäre Betulichkeits-Sprech vom »Menschen« hat etwas von sanfter Ermüdung: im Bürger steckt das verantwortliche Individuum, ausgestattet mit definierten politischen Rechten und Pflichten; der »Mensch« als Gattungsbegriff bleibt dagegen politisch diffus.

#### Mensch, Tier, Mitbürger

Immerhin: Das Menscheln macht vergessen, daß in der Politik mancher zum Tier wird, mit den Wölfen heult, den Wadenbeißer spielt, mit Elefantengedächtnis seine Feindschaften pflegt, Pensionsansprüche oder dubiose Spenden hamstert und schließlich dem Rudeljournalismus zum Opfer fällt. Und gegenüber den tierisch verdrossenen Politikzuschauern erspart »Menschen« der weiblichen Verdoppelung. Mit »Menschinnen und Menschen« hat es jedenfalls noch niemand versucht. Bei der Neujahrsansprache hieß es noch nicht: »Liebe Menschen.« Was aber für die Anrede nicht taugt, das sollte man jedenfalls nicht ständig in der Rede über andere im Mund führen. Also, liebe Menschen in der Politik, laßt uns nicht Menschen wie früher Untertanen sein. Für Euch sind wir noch immer Mitbürger! (und -innen...) ■

# EU & Österreich



Der Vorgang ist ohne Beispiel in der Geschichte der europäischen Integration: In einer knappen »Stellungnahme des portugiesischen Vorsitzes der EU im Namen von 14 Mitgliedstaaten« wird Österreich noch vor der Regierungsbildung mitgeteilt, dass im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ offizielle bilaterale Kontakte weder gesucht noch akzeptiert, österreichische Kandidaten für Ämter bei internationalen Organisationen nicht unterstützt und Österreichs Botschafter nur noch auf technischer Ebene empfangen würden.

THOMAS SILBERHORN

Die Staats- und Regierungschefs halten, so erläutert Bundesaußenminister Fischer später vor dem Deutschen Bundestag, »die Regierungsbildung im Interesse Europas und im Interesse Österreichs für falsch«. Schließlich sei die Europäische Union eine Wertegemeinschaft, die mit dem Vertrag von Amsterdam weiter zusammengewachsen sei.

Welch eine Anmaßung! Die EU-Regenten verkünden dem österreichischen Volk, dass sie das Ergebnis seiner demokratischen Wahl missbilligen. Unter Berufung auf die europäische Wertegemeinschaft missachten sie die Vertragspflicht aller EU-Mitgliedstaaten zu gegenseitiger Loyalität. Sie bemühen die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, verzichten aber auf jede Anhörung Österreichs. Mit der Erklärung der portugiesischen Präsidentschaft erwecken sie den Eindruck einer Maßnahme des Europäischen Rates, die jedoch mangels Beteiligung Österreichs und des Kommissionspräsidenten gerade nicht vorliegt, und handeln bewusst außerhalb der Verträge.

Der blinde Eifer war bestellt. Dass der gescheiterte SPÖ-Kanzler Klima eine von der FPÖ tolerierte Minderheitsregierung angestrebt und der FPÖ selbst eine Re-

gierungsbeteiligung in Aussicht gestellt hatte, rührte niemand. Die Kooperation der ÖVP mit der FPÖ dagegen begründet ernste Sorgen der sozialistisch Korrekten und erfordert internationale Solidarität. Einer Auseinandersetzung mit den bedenklichen Positionen der FPÖ, mit den Gründen ihres Erfolgs oder der verbleibenden Alternative einer Neuwahl, aus der die FPÖ als stärkste Partei hervorgegangen wäre, bedurfte es dazu nicht. Das bisherige Desinteresse an Regierungsbeteiligungen von Neofaschisten in Italien und von Kommunisten in Frankreich, Italien u.a. zu bedenken, hätte erst recht lästig werden können.

Völker, hört die Signale! Welche Legitimationsbasis hat eine Europäischen Union, in der innerstaatliche Regierungsbildungen Sanktionen unterworfen werden? Welche Integrationskraft bleibt der Europäischen Union, wenn ihre Mitgliedstaaten Auseinandersetzungen außerhalb der vereinbarten Spielregeln austragen? Worin besteht die europäische Wertegemeinschaft, wenn die Anwendung demokratischer und rechtsstaatlicher Maßstäbe politischer Opportunität unterliegt und damit der Beliebigkeit preisgegeben wird? Mit ihrer Reaktion auf

die ÖVP-FPÖ-Koalition in Österreich haben die EU-Mitgliedstaaten einen Weg beschritten, der nur sehr schwer steuerbar ist und die Gefahr der Desintegration in sich birgt. Einer aktuellen Umfrage zufolge würden heute nur noch 36 % der Österreicher für, aber 42 % gegen einen EU-Beitritt stimmen. Und Haider selbst genießt dank der Sanktionen eine Aufmerksamkeit, die seine tatsächliche Bedeutung weit übersteigt. Der Schuss aus der Hüfte ging damit nach hinten los.

Anstatt sich eines haiderhaften Politikstils aus dem Bauch heraus zu bedienen, muss die hohe Zustimmung zur FPÖ als intellektuelle Herausforderung begriffen werden. Es kommt darauf an, sich von undemokratischen und fremdenfeindlichen Äußerungen von FPÖ-Mitgliedern eindeutig abzugrenzen, und die Wähler der FPÖ für die europäische Integration zu gewinnen. Dabei ist vor allem etwas mehr Gelassenheit anzuraten. Die gegenwärtige Hysterie, die bis hin zu Boykottaufrufen wie weiland im 20. Jahrhundert reicht, führt nur weiter in die Sackgasse. ■

Thomas Silberhorn ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union

## Direktwahl des Bundespräsidenten

RITA SÜSSMUTH

Die Parteien schlagen jeweils ihren Kandidaten, ihre Kandidatin vor. Wahlergebnisse in Bund und Ländern entscheiden über die parteiungebundenen Stimmenanteile in der Bundesversammlung.

Das Verfahren ist legal und legitim. Aber was spricht gegen eine Direktwahl des Bundespräsidenten? Wahr ist, dass unsere Bürger und Bürgerinnen der Parteiendemokratie zunehmend kritischer gegenüberstehen. Ihr Einfluss ist ständig größer geworden und der Einfluss der Bürgerschaft wird im öffentlichen Bewusstsein als zu gering eingeschätzt. Gewachsen ist die Erwartung der Bürger und Bürgerinnen, ihre Beteiligung und ihren Einfluss zu erhöhen. Dazu gehören die Direktwahlen von Oberbürgermeistern, Bürgermeister, Landräten, aber auch des Bundespräsidenten. Warum nicht? In mehreren Ländern Europas wird der Präsident bzw. die Präsidentin direkt gewählt ohne mehr Kompetenzen zu haben als das deutsche Staatsoberhaupt.

Die Parteien bringen auch in anderen Ländern ihre Personalvorschläge ein, aber das Volk wählt. Die Kandidaten stellen sich der Öffentlichkeit, legen dar, welche Positionen sie zu den zentralen nationalen, europäischen und internationalen Fragen einnehmen. Es geht um persönliche Autorität, um Zusammenhalt einer Nation, um die gemeinsamen Werte und Normen, um gemeinsame Aufgaben und Verpflichtungen. Wir unterschätzen in unverantwortlicher Weise die zentrale Bedeutung dieser Aufgaben und Kompetenzen. Der Bundespräsident nimmt seinen Einfluss entscheidend über öffentliche Reden und Stellungnahmen wahr. Es ist von Belang, ob ich als einzelner mit meiner Stimme an der Entscheidung mitwirke, ob ich selbst wählen oder nicht wählen kann. Wirke ich direkt mit, setze ich mich in anderer Weise mit dem Kandidaten auseinander. Ich entscheide mit, und zwar direkt. Es geht

Neu ist der Vorschlag nicht, den Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. In den letzten 10 Jahren ist er bei jeder Wahl erörtert worden. Das Ergebnis: das bisherige Verfahren, den Präsidenten durch die Bundesversammlung zu wählen, wurde beibehalten, weil es sich bewährt habe. Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus Bund und Ländern erweitert um Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Kultur, Sport, Wissenschaft, Wirtschaft).

mich unmittelbar an. Direktwahl stärkt die direkte Identifikation, stärkt die persönliche Verantwortung, stärkt den Gedanken der Partizipation. Die Direktwahl gibt Bürgerinnen und Bürgern mehr Einfluss, nimmt den Einfluss der Parteien zurück.

Das Amt des Bundespräsidenten ist kein Regierungsamt, aber es ist von höchster politischer Bedeutung für unser Land. In einer Zeit großer Umbrüche brauchen Menschen Orientierung und Perspektiven. Sie brauchen Ermutigung, Eigenanstrengung und Gemeinschaftsgeist.

Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin vertreten unser Land nicht nur nach außen, sondern von dieser Person wird wie nie zuvor erwartet, dass sie entscheidend dazu beiträgt, die wichtigsten Probleme der Menschen unseres Landes zum öffentlichen Thema zu machen und Lösungen mit allen Organisationen und Gruppen der Gesellschaft zu erarbeiten. Seine oder ihre Aufgabe ist es, die Bürgergesellschaft zusammenzuhalten, zusammenzuführen, zu integrieren, nicht zu polarisieren und zu spalten.

Und über diese wichtige politische Persönlichkeit wollen die Bürger selbst entscheiden. Die Direktwahl des Bundespräsidenten wäre ein Zeichen für mehr direkten Einfluss der Bürgerschaft, ein Zeichen für weniger Parteiendemokratie und mehr Direkt- bzw. Bürgerdemokratie. Mehr Demokratie wagen, die Direktwahl des Bundespräsidenten wäre ein Schritt zur Stärkung der direkten Willensbildung und Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger. ■

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth

# MENSCHENRECHTE

## – unsere Verantwortung

THOMAS SILBERHORN

Die universelle Geltung der Menschenrechte unterstrich Dr. Berthold Weig, Referent der Konrad-Adenauer-Stiftung für internationale Zusammenarbeit, unter Hinweis auf die Unterzeichnung der UN-Menschenrechtspakte durch fast alle Staaten. Ein gemeinsames Menschenrechtsverständnis lasse sich auch mit allen Weltreligionen vereinbaren. Eine inhaltliche Differenzierung der Menschenrechte nach verschiedenen Kulturkreisen sei meist der Versuch kleiner Mächte, kulturelle Erwägungen politisch zu instrumentalisieren und damit die Menschenrechte zu relativieren.

Menschenrechtspolitik muss kein Thema für trockene Theoretiker oder geifernde Gutmenschen sein. Wie spannend der Zusammenhang zwischen politischen Grundsatzfragen und aktuellen Ereignissen, zwischen Werten und Interessen ist, wurde bei der Fachtagung »Menschenrechte – unsere Verantwortung« deutlich, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Leitung von Dr. Silke Bremer ins Bildungszentrum Schloss Wendgraben eingeladen hatte.

### Selektiver Menschenrechtsschutz?

Freilich zeige die politische Realität, wie Teilnehmer einwandten, dass Menschenrechte nur selektiv durchgesetzt würden. Der Vorwurf des (westlichen) »Kulturimperialismus« sei gerade auch auf die mangelnde Konsequenz der Staatengemeinschaft in der Offenlegung und Sanktionierung von Menschenrechtsverstößen zurückzuführen. Gleichwohl, bekräftigte Dr. Weig, könne die Universalität der Menschenrechte dadurch nicht in Frage gestellt werden.

Der Zielkonflikt zwischen dem Schutz von Menschenrechten und der Wahrung wirtschaftlicher Interessen war Gegenstand einer Podiumsdiskussion mit Dr. Mathias John von amnesty international und Michael Tiedens, dem Betriebsratsvorsitzenden der SKL-Motoren- und Systemtechnik GmbH Magdeburg. Während John die mangelnde Berücksichtigung der Menschenrechte in der Praxis der Außenwirtschaftsförderung kritisierte und Verhaltenskodizes in den Unternehmen forderte, räumte Tiedens offen ein, dass solche Vorschriften noch nicht in den Köpfen der Mitarbeiter seien. Er verwies auf den hohen Stellenwert der Arbeitsplatzsicherheit für den einzelnen Arbeitnehmer, kündigte aber auch an, das Thema Menschenrechte bei seiner nächsten Betriebsversammlung erstmals zu behandeln.

lenwert der Arbeitsplatzsicherheit für den einzelnen Arbeitnehmer, kündigte aber auch an, das Thema Menschenrechte bei seiner nächsten Betriebsversammlung erstmals zu behandeln.

### Menschenrechte und Wirtschaft

In der Diskussion wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass die Beachtung der Menschenrechte etwa bei der Auswahl eines betrieblichen Standorts oder bei der Ausgestaltung der Produktionsverfahren kein Wettbewerbsnachteil sein müsse. Schließlich bestehe auch ein wirtschaftliches Interesse an Investitionssicherheit und zufriedenen, leistungsfähigen Arbeitnehmern. Nicht zuletzt entscheide der Verbraucher selbst über die Einhaltung von Menschenrechten mit. Durch Zertifizierungen wie z.B. für Teppiche ohne Kinderarbeit könne Transparenz geschaffen werden.

### Unbedingter Schutz der Menschenrechte

Ein Round-Table-Gespräch zur Bedeutung der Menschenrechte im außenpolitischen Alltag widmete sich der Kollision von Menschenrechten mit der nationalen Souveränität. Tilman Zülch, Bundesvorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker, prangerte das Versagen der Staatengemeinschaft in Bosnien, im Kosovo und in Tschetschenien an. Auch in der EU werde mit zweierlei Maß gemessen und nach politischer Opportunität gehandelt. Nach Claus Richter von der Koalition gegen Straflosigkeit stößt die stille Diplomatie an Grenzen, wo strukturelle Probleme wie ein geringer Demokratisierungsgrad oder die Größe eines Landes die Durchsetzung von Menschenrechten behindern. Neben einer Bestrafung durch nationale Gerichte müsse daher der Ständige Internationale Strafgerichtshof der staatlichen Souveränität Grenzen setzen. Im Konflikt zwischen staatlicher Souveränität und der »Souveränität« des Individuums wachse die Bedeutung präventiver Diplomatie, wie Christian Much betonte, der im Auswärtigen Amt als stellvertretender Referatsleiter im Arbeitsstab Menschenrechte fungiert. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von Menschenrechten müsse auf die engen Kompetenztitel der UN-Charta beschränkt bleiben. Der NATO-Einsatz im Kosovo sei zwar eine Ausnahme gewesen, jedoch kein Präzedenzfall. Einen »Krieg für Menschenrechte« dürfe es nicht geben. ■

Thomas Silberhorn ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union

## LANDTAGSWAHL

### Wähler fordern Erneuerung ein

Als »Mahnung der Wähler, die CDU zu erneuern« bezeichnete die Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hildegard Müller, die Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig Holstein. Die CDU in Schleswig Holstein habe einen »offensiven Wahlkampf« geführt. Der Landesverband der Jungen Union Schleswig-Holstein habe »mit einer pffiffigen Kampagne und mit hohem Engagement maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stammwählerschaft gehalten werden konnte.« Angesichts der tiefgreifenden Krise, mit der die Union zu kämpfen hatte, sei das Ergebnis der SPD »keine größere Leistung als ein verwandelter Elfmeter«. Von Rückenwind aus Berlin könne keine Rede sein.

»Der im vergangenen Jahr spürbare Wechselwunsch in der Bevölkerung ist von der CDU-Spendenaffäre konterkariert worden«, so Müller. »Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter haben die Bürger deutlich gemacht, dass sie weiterhin die CDU als ernstzunehmende demokratische Gestaltungskraft wollen. Das Wählervotum verstehe ich als Auftrag zunächst die eigene Partei in Ordnung zu bringen. Die Union bleibt im Rennen.« ■



## KAS

### Deutsche und Briten

Speziell für Studenten aus Nordrhein-Westfalen veranstaltet das Bildungswerk Dortmund der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 13.-19. Mai ein Seminar zusammen mit Studenten von der Brunel-Universität in London.

### Föderalismus und Europa

Das Thema: Föderalismus und Europäische Politik. Erfahrungen und Perspektiven aus deutscher und britischer Sicht. Besucht werden u.a. der Düsseldorfer Landtag und Berlin. Es sind noch Plätze frei. Kosten insgesamt ca. 245,- DM. ■

Nähere Einzelheiten und das Programm erhalten Interessenten bei Dr. Martin Michalzik, Tel.: 0 23 73-97 85 14.

## KAS

### Internetforum: Medizin im Zwielficht

»Organentnahme bei toten Säuglingen – Ohne Einwilligung der Eltern?« war das Thema eines Internet-Forums der Konrad-Adenauer-Stiftung, an dem sich seit Anfang des Jahres Fachleute und Laien, Betroffene und Unbeteiligte gleichermaßen beteiligten.

### Folgendes Resümee lässt sich aus der Internet-Diskussion ziehen:

1. Die Organentnahmen im Rahmen von Obduktionen, die der Erforschung des Plötzlichen Säuglingstodes dienen, waren rechtlich zulässig. Eine Verschärfung der Gesetze ist nicht notwendig.  
2. Heilung und Leidminderung stellen hohe ethische Ziele dar. Medizinische Forschung, die diesen Zielen dient, ist daher ethisch legitimierbar.

3. Aus dem Grundsatz, dass medizinische Eingriffe in der Regel nur nach Information und Einwilligung zulässig sind, folgt jedoch, dass eine bessere Aufklärung seitens der Ärzte und die ausdrücklich Zustimmung der Eltern zu den Organentnahmen notwendig gewesen wären.

4. Neben den berechtigten Forschungsinteressen müssen die Interessen und Wünsche der trauernden Angehörigen stärker berücksichtigt werden. Medizin braucht mehr Menschlichkeit.

5. Außer der fachlichen Kompetenz gilt es, auch die soziale und ethische Kompetenz von Ärzten und Wissenschaftlern zu fördern. Schon in der ärztlichen Ausbildung müssen Fragen der Medizinethik und des Umgangs mit Patienten

und Angehörigen in medizinischen Krisensituationen stärker berücksichtigt werden.

6. Nur durch angemessene Information und Aufklärung lässt sich Transparenz in der Medizin wie auch in allen anderen Bereichen der natur- und lebenswissenschaftlichen Forschung erreichen. Sie schafft Akzeptanz und Vertrauen.

7. Das ethische Bewusstsein in Wissenschaft und Öffentlichkeit muss gestärkt werden. Im Hinblick auf die rasanten Fortschritte in der biologisch-medizinischen Forschung brauchen wir vor allem ein neues Verantwortungsbewusstsein um Menschenwürde und Menschenrechte zu schützen und Missbrauch zu verhindern. ■

## BADEN-WÜRTTEMBERG

## »Wir brauchen ein funktionierendes Verkehrssystem«

Lindenberg (bil). Der Bezirksvorstand der Jungen Union in Schwaben forderte auf seiner Klausurtagung in Lindenberg/Manzen einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schwaben. In der Diskussion mit dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen,



Eduard Oswald, forderte der Lindauer JU-Kreisvorsitzende, Alexander Bilgeri, eine rasche Fertigstellung der A 96 und den Ausbau der Bahnstrecke München-Lindau. »Für die wirtschaftliche Entwicklung einer Zukunftsregion Lindau und vor dem Hintergrund der Ansiedelung des Fachhochschulablegers brauchen wir ein funktionierendes Verkehrssystem«, so Bilgeri. Der Bundestagsabgeordnete für Schwaben, Klaus Holetschek, unterstützte Bilgeri in seiner Forde-

rung. »Schwaben braucht ein Verkehrssystem, das die flächendeckende Mobilität der Menschen gewährleistet«, sagte Holetschek. Daher dürften die Straßenbau- und Schienensubventionen nicht wie geplant gekürzt werden. Oswald machte darauf aufmerksam, daß Investitionen in Schiene und Straße Zukunftsinvestitionen seien. »Der Verkehr wird durch Teleworking und Teleshopping nicht weniger. Jeder eingesparte Arbeitsweg oder Beschaffungsweg wird durch Freizeit- oder Lieferverkehr ersetzt«, stellte Oswald fest.

### Infrastruktur ausbauen

Bilgeri sieht in der Verkehrspolitik eine Benachteiligung des ländlichen Raumes. So hätte Lindau eigentlich aufgrund seines hohen Freizeitwertes einen enormen Standortvorteil. Durch den nur schleppenden Ausbau der Verkehrswege würden sich aber viele Unternehmen lieber in Regionen mit ausgebauter Verkehrsinfrastruktur ansiedeln. Bilgeri forderte daher den Einsatz aller schwäbischen Politiker für den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes. »Das ist keine Frage der politischen Zugehörigkeit. Hier sind Politiker aller Parteien und auf allen politischen Ebenen gefordert«, appellierte der JU-Kreisvorsitzende. Er rief in diesem Zusammenhang zu einer parteiübergreifenden Offensive für den ländlichen Raum auf. ■

## BADEN-WÜRTTEMBERG

## »Keine Zeit des Proporzdenkens«

Stuttgart (her). Vor Flügelkämpfen in der augenblicklichen Diskussion über die CDU der Zukunft hat die Landesvorsitzende der JU Baden-Württemberg, Edith Grupp, gewarnt. Der in Berlin erscheinende Tageszeitung »Die Welt« sagte sie, dass sich für sie Diskussion über konservative oder liberale Strömungen in der CDU derzeit nicht stelle.

Es sei nicht die Zeit der Flügelzuweisungen und des Proporzdenkens, mahnte die junge Christdemokratin. Grupp sprach sich der »Welt« zufolge für eine radikale Verjüngung in der Parteispitze aus. Die CDU müsse ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Deshalb dürfe für den Parteitag im April in Essen nicht das Motto gelten »Augen zu und durch«. ■



Edith Grupp,  
Landesvorsitzende  
der JU

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

## Sprachrohr der jungen Generation

Kiel (MR). Eine positive Wahlkampf Bilanz zieht trotz der Niederlage der CDU die JUNGE UNION Schleswig-Holstein (JU). »Die jungen Wähler haben mehrheitlich für eine neue Regierung von CDU und FDP gestimmt. Die Jungwähler haben sich nicht durch die Affären im Bund verunsichern lassen«, äußerte sich der Landesvorsitzende der Jungen Union Schleswig-Holstein Oliver Frankenberger gestern in Kiel. Für den JU-Chef kein Zufall, »sind doch die Jugendlichen vor allem in Fragen der Bildungs- und Arbeitspolitik von den rot-grünen Verfehlungen der vergangenen Jahre besonders stark betroffen.«

Frankenberger sieht in dem Jungwählerergebnis auch eine Bestätigung für die JU-Arbeit der vergangenen Wochen: »Die JUNGE UNION ist nach wie vor das Sprachrohr der jungen Generation.« Mit zahlreichen Aktionen sei es gelungen, auf die Jungwähler zuzugehen und ihnen zu vermitteln, »daß es sich trotz zahlreicher Affären auf Bundesebene nach wie vor um eine Landtagswahl handelt.« Dazu hatte die JU eigene Internetseiten zu den rot-grünen Fehlleistungen gestaltet. Des weiteren begleitete ein aus über 30 JUlern bestehendes Wahlkampfteam Volker Rühle auf seinen Reisen durch Schleswig-Holstein, um auf die Veranstaltungen des Spitzenkandidaten durch Aktionen vor Ort hinzuweisen.

Weitere Erkenntnisse aus dem Ergebnis der Landtagswahl 2000 will die JU in Schleswig-Holstein auf ihrem kleinen Parteitag, dem Schleswig-Holstein-Rat in Kiel ziehen. Dabei soll es auch um Fragen der Parteireform gehen. »Denn wir müssen alles daran setzen, daß unsere CDU in fünf Jahren wieder mit einer starken Mannschaft in die Landtagswahl 2005 zieht«, so Frankenberger abschließend. ■



## NIEDERSACHSEN

## 34. Niedersachsentag der Jungen Union

Oldenburg. Gerold Papsch wurde auf dem Niedersachsentag der Jungen Union am 04./05. März 2000 in Oldenburg mit 82,4 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzender wiedergewählt. Papsch, Rechtsreferendar aus Seelze (Hannover), ist in seiner Heimatstadt Mitglied im Orts- und Stadtrat und Stadtverbandsvorsitzender der CDU. Der 27-jährige ist seit Januar 1999 an der Spitze der Jungen Union Niedersachsen.

Im Mittelpunkt des Niedersachsentages stand die Bildungspolitik. Die

Junge Union Niedersachsen fordert hier eine umfassende Neuorientierung in der Schul- und Hochschulpolitik, sowie in der beruflichen Bildung.

Der JU-Landesvorsitzende Gerold Papsch kündigte an, daß die Bildungspolitik das Schwerpunktthema der JU Niedersachsen für das erste Halbjahr 2000 sei. Er versprach hierzu zahlreiche Aktionen und eine landesweite Kampagne der Jungen Union gegen die »schwammige Schulpolitik der Regierung Gabriel«. Gäste des Nieder-

sachsentages der Jungen Union waren der CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff, MdL, Dagmar Schipanski, Ministerin Wissenschaft, Forschung und Kunst des Freistaates Thüringen und die Bundesvorsitzende der Jungen Union Hildegard Müller.

Der 34. Niedersachsentag in Oldenburg stand unter dem Motto »Jung. Schwarz. Stark.« und war mit über 600 Delegierten und Gästen der bislang größte Landestag in der Geschichte der JU. ■

## Chaos-Regierung

Magdeburg. Der erste Sachsen-Anhalt-Rat der Jungen Union in diesem Jahr beschäftigte sich insbesondere mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt. Prägnante Zahlen konnte als Gast Dr. Reiner Haselhoff vorlegen. Um gleichzuziehen mit den alten Bundesländern, benötigen die neuen Länder mind. 5. Prozent Wirtschaftswachstum, Sachsen-Anhalt gar 8 Prozent. Erreicht werden von Sachsen-Anhalt jedoch nur 0 bis 1 Prozent Wachstum.

Automatisch gehen bei diesen Stand jedes Jahr ca. 23.000 Arbeitsplätze verloren. Der Vergleich mit den anderen neuen Ländern zeigt, daß aufgrund der seit 1994 bestehenden unsicheren Situation auch keine unpopulären Entscheidungen getroffen werden konnten. Statt Mittel in ein langfristiges Engagement der Wirtschaftsbindungen zu stecken, wurde aus politischen Gründen lieber ABM finanziert, so Markus Kurze, Landesvorsitzender. Jetzt entwickeln sich die Regionen z.B. um Dresden und Leipzig selbsttragend. Die Grundlagen für so eine Entwicklung zu legen, wurde in Sachsen-Anhalt durch eine permanent mit sich selbst beschäftigte Regierung versäumt. ■



## OLDENBURG

## Der Service steht im Mittelpunkt

*Oldenburg (ar).* Die Junge Union im Landesverband Oldenburg will einer der modernsten Landesverbände werden. Der kürzlich neugewählte Landesvorstand beschloß auf seiner Klausurtagung bei den »Alhorer Fischteichen« (Landkreis Oldenburg) ein ehrgeiziges Programm für die nächsten zwei Jahre.

### Transparenz schaffen

Service, Dienstleistung und Information – diese drei Stichpunkte spielen eine zentrale Rolle in den Vorhaben der JU. So soll die Landesgeschäftsstelle



Hat sich viel vorgenommen, der Landesvorstand in Oldenburg

zu einem Servicecenter für die Kreisverbände ausgebaut werden. Neue Wege sollen auch in der innerverbandlichen Information und Kommunikation gegangen werden. So sind eine neue Website im Internet genauso in Planung wie ein eigenständiges Mitgliedermagazin im Landesverband Oldenburg. »Wir wollen mehr Transparenz schaffen, uns als junger, moderner und interessanter jugendpolitischer Verband zeigen. Denn nur eine aktive JU ist auch eine attraktive JU«, so der neue Landesvorsitzende Neidhard Varnhorn (Vechta).

Darüber hinaus wollen die Vorstandsmitglieder an die bisherige inhaltliche politische Arbeit anknüpfen. Besonders Themen mit Bezug auf die Region, wie Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsförderung, Verkehrspolitik und auch Strukturpolitik seien geplant. Hierzu werden Besichtigungen vor Ort und Gesprächsrunden angeboten. ■

## LINDAU

## Zukunftsregion Lindau

*Lindau (bil/bero).* »Gehen in Lindau die Lichter aus?« Unter diesem Motto stand die Wirtschaftskonferenz der Jungen Union Kreisverband Lindau.

Im innovativen Audizentrum des Autohauses LIMAG diskutierten weit über 100 Besucher mit Dr. Gerd Müller MdB, IHK-Präsident Peter Kürn, Karl-Ludwig Blocher (Tanner Dokuments) und Armin Eberlein (Domicil Möbel). Alexander Bilgeri, JU-Kreisvorsitzender, machte in seiner Einführung auf die Standortvorteile der Region aufmerksam und forderte die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft auf, sich für die Zukunft der jungen Generation in Lindau einzusetzen: »Realisieren sie mit uns die Zukunftsregion Lindau!«, so Bilgeri. Es folgte ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den Podiumsmitgliedern über die verschiedenen Ansichten, wie wirtschaftliche Erfolge und sonstige Anreize erzielt werden können.

### Führungslose Stadt

Die Besucher und Teilnehmer der JU-Wirtschaftskonferenz zeigten sich in den anschließenden Gesprächen bei Sekt, Saft und Brez'n begeistert von der interaktiven Gestaltung der Konferenz. So war es den Zuhörern aufgrund der eingespielten Moderation zwischen Podiumsmoderator Jörg Fischer und Publikumsmoderator Alexander Bilgeri stets möglich in die Diskussion einzugreifen und Probleme aufzuzeigen, die aus der momentanen Führungslosigkeit der Stadt resultieren. Die Junge Union im Kreis wird auch in Zukunft zu verschiedenen Themen weitere Fachkonferenzen durchführen. ■

## BAYERN

## JU demonstriert gegen Rente mit 60

*München.* Zu einer Demonstration gegen die Rentenpläne des IG-Metall Vorsitzenden Klaus Zwickel hatte die Junge



Union Bayern aufgerufen. Gegenüber dem DGB-Haus in München machten JU-Landesvorsitzender Markus Söder, MdL, der Vorsitzende des JU-Bezirksverbandes München, Joachim Haedke, MdL, sowie JU-Landesvorstandsmitglied Martin Schöffel mit politischen Freunden auf die Interessen der jüngeren Generation in der Rentendebatte aufmerksam. ■

## OSNABRÜCK

## Neue Wege in der Hochschulpolitik

*Osnabrück (SG).* Vor allem die Finanzierung der Hochschulen, aber auch erforderliche Änderungen im Hochschulalltag waren Themen auf einer Veranstaltung der Jungen Union Osnabrück-Stadt zum Thema »Studium 2000: Quo vadis, Hochschule?«. Als hochkarätige Referenten konnte die JU den Präsidenten der Universität Osnabrück, Prof. Dr. Rainer Künzel, und die CDU-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur, Katrin Trost, gewinnen.

Wie schlecht die finanzielle Ausstattung an der Hochschule tatsächlich ist machte Katrin Trost deutlich: Weitere Sparmaßnahmen seien nicht zu realisieren. »Die Zitrone ist ausgequetscht!« Das sieht auch der Präsident der Universität so. Er weist darauf hin, daß Osnabrück seit Jahren führend bei der Umsetzung von Sparmaßnahmen sei. Darüber hinaus fordert er aber auch eine Studienreform, die eine »bessere Anpassung an individuelle Studienziele und -fähigkeiten« ermögliche.



## SOEST

## Klausurtagung

*Soest/Billerbeck (DB).* Beeindruckt zeigten sich Lars-Martin Klieve (Mitglied im Bundesvorstand der JU) und Dr. Ralf Brauksiepe MdB (Landesvorsitzender der JU NRW) über die große Anzahl von etwa 90 Jugendlichen, die sich in Billerbeck zur Klausurtagung der JU Kreisverbände aus Essen, Höxter, Gelsenkirchen, Hamm, Unna und Soest eingefunden hatten. Thema war einerseits die Verbesserung des Informationsaustausch zwischen der Kreis- und der Bundesebene als auch die Strategie der Landes- und Kreis- JU im Landtagswahlkampf. Es wurden Termine und Aktionen abgestimmt. ■



Das Thema Studiengebühren sahen beide Referenten differenziert. Einigkeit herrschte, daß Gebühren keinen »sozialen Numerus clausus« darstellen dürften. Gleichwohl sollte, so Katrin Trost, über eine Gebühr für Aufbau- und Zweitstudiengänge nachgedacht werden. Prof. Künzel hält Studiengebühren insofern für gerechtfertigt, da durch das Studium in der Regel später höhere Einkommen erzielt werden. Daneben müßten dann aber auch Stipendien oder eine günstige Form von Darlehen angeboten werden. ■

## CELLE

## Info-Stand zum Thema Aids

*Celle (SB).* Zusammen mit der Celleschen Aids-Hilfe E. V. veranstaltete die Junge Union im Kreisverband Celle einen Informationsstand zum Thema Aids. Es wurden Broschüren zur Aufklärung, sowie Kondome an die Passanten verteilt. Viele informierten sich auch direkt am Stand der Celler Organisationen.

»Der HIV-Virus hat die Eigenschaft sich ständig zu verändern. Das macht es schwierig Schutzimpfstoffe gegen ihn zu entwickeln. Darum ist es notwendig zu wissen, daß das Vorbeugen heute das einzige Mittel ist, eine Ansteckung zu verhindern«, so die stellvertretende Vorsitzende der JU Karoline Siwek. »Man muß den Leuten aber auch klar machen, daß HIV-Infizierte keine Aussätzigen sind und auch nicht so behandelt werden dürfen«, so Siwek weiter. Man müsse schon frühzeitig Prävention betreiben und über die Ansteckungsgefahr reden, damit sich die Krankheit nicht noch weiter ausbreite, so die einhellige Meinung der JU, sowie der Aids-Hilfe. ■

## OSNABRÜCK

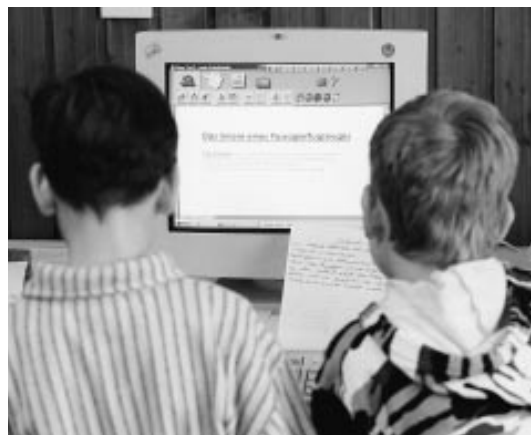
## Mehr Bildung im neuen Jahrtausend

Osnabrück (SG). Ein Positionspapier zur Schulpolitik hat die Junge Union Osnabrück-Stadt erstellt. »Wir wollen die wahlkampfzeitliche Zeit nutzen, zu den wichtigen Themen der Jugend inhaltlich Stellung zu beziehen«, so der Kreisvorsitzende Moritz von Bar. Den Anfang macht dabei die Schulpolitik. »250.000 ausgefallene Stunden pro Woche, 3.000 fehlende Vollzeitlehrerstellen und falsche Weichenstellungen bei der Lehrerausbildung machen ein schnelles Handeln unumgänglich«, meint der als Schüler selbst betroffene Moritz von Bar.

### Unterrichtsgarantie

Die JU fordert daher neben der Wiederbesetzung aller frei werdenden Lehrerstellen die Schaffung von 1.000 neuen Vollzeitlehrerstellen. Darüber hinaus solle wie in Hessen unter Roland Koch (CDU) eine Unterrichtsgarantie gegeben werden. »Gleichzeitig muß die Schulverwaltung verschlankt werden, so daß die Finanzierung unserer Forderungen möglich ist«, so der JU-Kreisvorsitzende.

»Unsere Konzepte erfordern aber auch eine andere Lehrerausbildung«, so Moritz von Bar. Deshalb müsse die Lehrerausbildung effizienter und praxisorientierter gestaltet werden, z.B. durch Einführung von Praxissemestern schon zu Beginn des Studiums und die Möglichkeit, den Beruf des Grund- und Hauptschullehrers an Fachhochschulen und Berufsakademien zu erlernen. Das vollständige Positionspapier kann beim Pressesprecher der JU Osnabrück-Stadt angefordert werden. ■



## FÜRTH

## Sanktionen aufheben

Fürth (tma). Die beiden Kreisverbände JU Fürth-Stadt und Fürth-Land haben einen offenen Brief an den Bundestagsabgeordneten Christian Schmidt geschrieben. Sie fühlten sich hierzu aufgrund der aktuellen Presselage Berichterstattung gezwungen. In ihrem Brief stellen sie sich deutlich gegen die Sanktionen, die seit der österreichischen Parlamentswahl vom 3. Oktober 1999 gegen die neue Regierung Österreichs erhoben wurden und fordern, unabhängig von anderen Länder die Sanktionen aufzuheben. ■

## BADBERGEN

## Hauptsache streichfähig

Badbergen. Die JU Quakenbrück/Badbergen besuchte das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik (DIL). Die JU wolle ins Gespräch kommen mit dem heimischen Gewerbe, um so Einblicke zu erlangen in die Probleme der Wirtschaft und der in ihr Beschäftigten, meinte der JU-Vorsitzende Christian Calderone. Dabei nehme das DIL wegen seiner qualifizierten Arbeitsplätze und wegen der zukunftsweisenden Forschung auf dem Gebiet der Lebensmitteltechnik eine besondere Stellung in dieser strukturschwachen Region ein.

### Lebensmittelgeheimnisse

Dipl.-Ing. Achim Knoch, Leiter im Bereich Verfahrenstechniken, führte die Gäste durch das Technikum sowie die weitläufigen Laboratorien und gab einen Überblick über die Arbeit des 1985 gegründeten Institutes. Das Leistungsspektrum des Instituts umfasse die verfahrenstechnische Forschung im Bereich der Lebens- und Futtermitteltechnik sowie angrenzender Gebiete, der Produkt- und Verfahrensentwicklung nebst der Analyse von Produkten der Nahrungsmittel Verarbeitenden Industrien. Dabei untersuche das DIL fast alle Lebensmittel, vom Schweinefleisch bis zu Schokoladennikoläusen und Speiseeisprodukten. Auch dem Geheimnis der Streichfähigkeit der Butter waren die Experten auf der Spur.

### Zukunftsperspektive

Im Falle der harten Butter wurden zum Beispiel eine skurrile Gerätschaft entwickelt, die Butter auf eine Platte verteilt und dabei den nötigen Kraftaufwand errechnet. »Das Institut ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung und hoffentlich weiterhin geeignet, positive Impulse für das umliegende Gebiet zu bieten«, so Calderone abschließend. Damit sei das DIL ein Stück Zukunftsperspektive für das Artland. ■



Osnabrück (SG). Den Besuch des niedersächsischen Ministerpräsidenten Siegmund Gabriel nahm die Junge Union Osnabrück-Stadt zum Anlaß, die Bevölkerung und Gäste auf Flugblättern darauf aufmerksam zu machen, daß der neue Landeschef nur dritte Wahl sei. »Gabriel ist Ersatzmann des Ersatzman-

## SÜW

## Jüngster CDU-Kreisvorsitzender



Süw. Jung und dynamisch – so kann man den mit 25 Jahren jüngsten CDU-Kreisvorsitzenden in Deutschland beschreiben. Sein Name ist Nicolai Schenk, seine Lieblingsbeschäftigungen sind Politik und Tanzen, denn: »Ein bißchen Spaß muß sein.« Während seiner Bundeswehrzeit hat er 1997 für vier Monate als Verbindungsoffizier an der SFOR-Friedensmission in Bosnien Herzegowina teilgenommen, was

nach Schenk »die wichtigste Erfahrung« in seinem Leben gewesen sei. Er habe aus dieser Zeit gelernt, sich selbst nicht so wichtig zu nehmen.

Politik mache Schenk zwar Spaß, er wolle jedoch nicht von ihr abhängig sein. Sein Ziel ist es auf zwei Beinen stehen zu können. Daher beendet er auch sein BWL-Studium. Schon mit 14 half Nicolai Schenk mit, den Ortsverband Maikammer der JU zu gründen – nun ist er dort mit seinen 25 Jahren Kreisvorsitzender. Erreicht hat er dies mit Sicherheit nicht nur, weil er unabhängig von Wahlkampfzeiten Klinken putzt, sondern vor allem aufgrund seines Mottos: »Ich vertrete meine Ziele. Ende.« ■

## OSNABRÜCK

## »Gabriel ist nur Ersatzmann des Ersatzmannes«

nes Glogowski«, erläutert der Kreisvorsitzende Moritz von Bar die Flugblattaktion des CDU-Nachwuchses. Auf dem Flugblatt machte die Junge Union deutlich, daß Siegmund Gabriel nicht vom Volk gewählt und gewollter Ministerpräsident sei, sondern lediglich Lückenfüller des wegen zahlreicher Vorwürfe der privaten Vorteilnahme zurückgetretenen Gerhard Glogowski.

Die JU bilanzierte die schlechte Arbeit der Landesregierung. Mehrere nicht verfassungskonforme Haushalte, die zweithöchste Arbeitslosigkeit aller westdeut-

schen Flächenländer, steigende Schülerzahlen, denen keine steigenden Lehrerzahlen gegenüberstehen, und einen aufgeblähten Verwaltungsapparat.

Der JU-Vorsitzende hofft, daß Gabriel die Negativbilanz zum Anlaß nehme, in seinen verbleibenden drei Regierungsjahren das Land nicht noch weiter herunter zu wirtschaften. »Ab 2003 freuen wir uns darauf, einen vom Volk gewählten Ministerpräsidenten in Osnabrück begrüßen zu dürfen. Wir werden dafür kämpfen, daß dies Christian Wulff ist«, so der JU-Vorsitzende abschließend. ■

## CELLE

## Retten – Bergen – Löschen – Schützen

Celle (UJ). Der Stadtverband Celle der Jungen Union besichtigte die Hauptwache der Freiwilligen Feuerwehr und ließ sich vom stellvertretenden Oberbrandmeister, Uli Persuhn, über den Einsatzzweck und die Ausrüstung der Feuerwehrausrüstung informieren. Nach wie vor ist die Freiwillige Feuerwehr unverzichtbar. Im vergangenen Jahr fuhr die Celler Feuerwehr rund 300 Einsätze.

### Freiwillige vor

Personell besteht die Celler Feuerwehr ausschließlich aus freiwilligen Kräften mit Ausnahme von vier Angestellten. Somit kann keine ständige Bereitschaft gewährleistet werden, jedoch rücken in der Regel bereits wenige Minuten nach der Alarmauslösung die ersten Fahrzeuge aus.

Seit Gründung der Jugendfeuerwehr im Jahre 1991 gibt es nur noch geringe Nachwuchssorgen. Der JU-Vorsitzende Norbert Schüpp bedankte sich bei der Gelegenheit bei den freiwilligen Feuerwehrleuten für ihr außerordentliches Engagement für die Allgemeinheit. ■



## LIPPE

## Da blieb die Spucke weg



Lippe (tma). 50 Mitglieder der JU Lippe bereisten in den vergangenen Tagen die Bundeshauptstadt Berlin. Mit dabei war auch der Spitzenkandidat der JU NRW für die Landtagswahl im Mai, Christian Jostes.

Erster Haltepunkt war die ehemalige Zentrale der Staatssicherheit in der Normannenstraße. Die für die Besichtigung der Forschungs- und Gedenkstätte eingeplanten drei Stunden reichten nicht aus, um alle Fragen der Teilnehmer beantworten zu können. Bei den Ausführungen des Leiters der Gedenkstätte blieb so manchen die Spucke weg: »Viele der Anwesenden haben bisher nur im Geschichtsunterricht einige Dinge über die Machenschaften der Stasi erfahren können. Alles hier anschaulich erzählt zu bekommen, direkt in der ehemaligen Stasi-Zentrale, die noch so eingerichtet ist, als würde der Betrieb hier jeden Tag wieder aufgenommen, hat viele doch sehr ins Grübeln gebracht,« berichtete die Kreisvorsitzende der JU Lippe und stellvertretende Landesvorsitzende die JU NRW, Tanja Kneffel.

Mindestens genauso beeindruckend empfanden die jungen Christdemokraten jedoch auch den ehemaligen Verlauf der Mauer, das Brandenburger Tor und weitere Sehenswürdigkeiten Berlins. Jedoch gibt es noch immer viel zu sehen – und deshalb kehren sie gerne wieder zurück. ■

## MAGDEBURG

## Finanzielle Hilfe

Magdeburg (tma). Die kürzlich gestartete Spendenaktion der Jungen Union Magdeburg erbrachte 1111 Mark. Dieses Geld ist für die Ausgestaltung der Kinderkrebstation vorgesehen und vor allem dafür, daß Eltern schwerkranker Kinder die Möglichkeit haben,

vor Ort bei ihren Kindern übernachten zu können. Der Betrag wurde in diesen Tagen der Kinderkrebstation in Magdeburg übergeben. Zu diesem Zweck übergab der Kreisvorsitzende der Jungen Union die eingegangenen Spenden an Dr. Aumann, dem Oberarzt der Magerburger Kinderkrebstation. Wie im vergangenen Jahr sei der Erfolg dieser Aktion überwältigend. Durch diese Gelder solle erreicht werden, ein Umfeld zu schaffen, daß den Kindern Kraft zur Überwindung von ihrer schweren Krankheit spendet, so die JU Kreisvorsitzende Alexandra Mehnert. Unterstützt wurde die Spendenaktion der JU auch von dem CDU-Kreisvorsitzenden und örtlichen Landtagsabgeordneten Jürgen Scharf. Seit dem Beginn der Spendenaktion 1994 kamen schätzungsweise 6000-7000 Mark zusammen. ■

Wie im vergangenen Jahr sei der Erfolg dieser Aktion überwältigend. Durch diese Gelder solle erreicht werden, ein Umfeld zu schaffen, daß den Kindern Kraft zur Überwindung von ihrer schweren Krankheit spendet, so die JU Kreisvorsitzende Alexandra Mehnert. Unterstützt wurde die Spendenaktion der JU auch von dem CDU-Kreisvorsitzenden und örtlichen Landtagsabgeordneten Jürgen Scharf. Seit dem Beginn der Spendenaktion 1994 kamen schätzungsweise 6000-7000 Mark zusammen. ■

## MÜNSTER

## Junges Forum Union

Münster (HS). Mit einem neuen Weg in der inhaltlichen Arbeit geht die Junge Union Münster ins Jahr 2000. »Junges Forum Union« heißt der Rahmen, in dem der neu gewählte Kreisvorstand die programmatische Diskussion intensivieren und zuspitzen will. »Ab Januar 2000 nehmen wir uns vierteljährlich ein bestimmtes politisches Thema vor, zu dem in Zusammenarbeit mit Ortsunionen und Arbeitskreisen Aktionen und Veranstaltungen stattfinden sollen« stellte Stefan Weber, JU-Kreisvorsitzender, das auf einer Klausurtagung erarbeitete Konzept vor. Abschluß des Diskussionsprozesses wird jeweils ein »Junges Forum Union« sein, auf dem die Junge Union unter Einbeziehung aller Mitglieder, der Mandatsträger und auch externen Sachverständigen Meinungsbildung betreiben und Position beziehen will.

## Kultur des Mittelmaß

»Wir versprechen uns davon nicht nur eine Bündelung unserer Kräfte. Die Junge Union kann auch deutlich an Profil gewinnen – sowohl innerparteilich als auch nach außen«, so Stefan Sudmann, im Kreisvorstand für das »Junge Forum Union« verantwortlich. In den ersten drei Monaten des Jahres steht die Bildungspolitik im Mittelpunkt. »Das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen vermittelt jungen Menschen in unserem Land nicht mehr die Qualifikationen, die sie brauchen, um im Berufsleben bestehen zu können. Unsere Schulen sind von Lehrermangel und Stundenkürzungen gebeutelt. An den Hochschulen hat sich im Bereich der Lehre eine Kultur der Mittelmäßigkeit breitgemacht«, beschrieb Weber die Bildungsmisere in Nordrhein-Westfalen.

Die Junge Union will dazu mit Lehrern, Eltern und Schülern über die Situation an den Schulen diskutieren. Weiterhin geplant sind Gespräche über den Einsatz des Internets im Unterricht und zur Hochschulreform. In einer großen Diskussionsveranstaltung »Junges Forum Union«, zu der Landtagsabgeordnete und Vertreter von Stadt, Schulen und Gewerkschaften eingeladen werden, will die Junge Union aufzeigen, welche Schritte erforderlich sind, um den Reformstau im Bildungswesen aufzulösen. Weiter geplant sind die Themen Arbeitsmarkt und Jugendarbeitslosigkeit. Dabei soll es schwerpunktmäßig um Existenzgründungen, Probleme Jugendlicher auf dem Ausbildungsmarkt und moderne Ausbildungsberufe gehen. ■



## CDU zwischen Strippenziehern und Reformern

OLIVER SANTEN

Nach schwarzen Konten und schwarzen Koffern geht es bei CDU also jetzt um die Zukunft. Die Partei ist pleite, die Basis frustriert und demotiviert – da hilft nur noch die Flucht nach vorn. »Erneuerung und Verjüngung« heißt das Zukunftsprojekt vollmundig. Hört sich gut an. In jeder Krise liegt auch eine Chance, betonen gegenwärtig viele in der Union mit ernstem Gesicht. Aber nutzt die CDU ihre Chance auch?

Zunächst sah es ganz vielversprechend aus: Der Sturz von Schäuble war unumgänglich – einen Vorsitzenden mit Gedächtnislücken konnte sich die Partei wohl nicht länger leisten. Doch kaum war Schäuble aus seinen Ämtern gedrängt, da ging das Hauen und Stechen erst richtig los. Mit vereinten Kräften raus aus der Finanzaffäre? Von wegen. Beim Poker um die Schäuble-Nachfolge wurde schnell klar, dass es vielen in der Partei um alles mögliche ging, nur nicht um einen geeigneten Kandidaten für den Vorsitz. Da wurde intrigiert und gestänkert als sei der Spendenskandal nur ein schlechter Traum. Feinschaften wurden gepflegt, möglich Aspiranten verhindert. Keiner wagte sich aus der Deckung. Frei nach dem Motto: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Kaum zu glauben, dass für den Chefsessel mit Vogel und Biedenkopf gleich zwei Polit-Opas ins Gespräch gebracht wurden. Mit graumellierten Großvätern in die Zukunft durchstarten.

## Angie muss es richten

Na klasse! CDU – mitten im Leben, oder doch schon in Rente? Nein, das sollte ja nur ein Übergangsvorsitzender sein. Was für ein Begriff! Übergang als Neuanfang. Verdutzt rieben sich viele die Augen: Hat die Volkspartei CDU tatsächlich keine unbelasteten, frischen Leute, die sie aus der Krise führen wollen und können? Offenbar nicht. Brutalstauklärer Roland Koch demontierte sich selbst, Wahlverlierer Volker Rühle warf entnervt das Handtuch, Jürgen Rüttgers verklüngelte sich komplett und Peter Müller glänzte durch Meinungslosigkeit. So viel zum Thema Führungspersonal. Dass jetzt Angela Merkel die neue Chefin wird, hat die Basis bewegt. Unerwartet entwickelten sich die Regionalkonferenzen zu einem lautstarken Merkel-Happening. Die Delegierten klatschten sich den ganzen Frust vom Leib und Merkel an die Spitze. Wen wundert's, Merkel saß ohne je-

den Konkurrenten auf dem Podium. Und die harmoniebedürftigen Delegierten dachten sich, wenn wir schon keinen Hoffnungsträger haben, jubeln wir uns halt einen herbei. Konsequenter basisdemokratisch wäre es gewesen, wenn sich mehrere Kandidaten der Basis gestellt hätten. Ob auch dann Merkel mit soviel Beifall bedacht worden wäre? Schnee von gestern – Angie muss es nun richten. Die 45-Jährige ist jetzt dazu verdonnert, die Parole »Erneuerung und Verjüngung« in die Tat umzusetzen.

## Zeit für frische Gesichter

Trotz Parteikrise keine einfache Aufgabe, wie die Wahlen zum Fraktionsvorstand gezeigt haben. Denn dort ging die vielgepriesene Verjüngung, mal abgesehen vom überzeugenden Friedrich Merz, komplett in die Hose. Die Altgedienten hatten wie üblich im Hintergrund kräftig die Strippen gezogen und alle Jüngeren verhindert. Aus den Altmaiers, Röttgens und Heinens wurde nichts. Nur Eckart von Klaeden schaffte es mit dem schlechtesten Wahlergebnis von allen zum stellvertretenden parlamentarischen Geschäftsführer. Umwerfend. Wie ernst es die CDU mit ihrer Verjüngungsoffensive wirklich meint, wird der Parteitag in Essen beweisen. Wie sieht die neue Führungsspitze neben Merkel aus? Was passiert mit den JU-Kandidaten für den Vorstand? Kommt Hildegard Müller ins Präsidium?

Gespannt darf man auch sein, ob beispielsweise die Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche in den Vorstand gewählt wird. Die 26-Jährige Brandenburgerin, die im Bundestag eine gute Figur macht, wäre ein frisches Gesicht im Führungsgremium. Und davon braucht die CDU jetzt eigentlich jede Menge, will sich die Partei die winzige Chance auf einen Sieg bei der nächsten Bundestagswahl erhalten. Essen wird's zeigen. ■

Oliver Santen ist Parlamentskorrespondent der Welt am Sonntag